



# Ja zu einem **anderen Europa!**

Forderungen an die deutsche  
EU-Ratspräsidentschaft

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG



# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>7</b>
<b>Ja zu einem anderen Europa – demokratisch friedlich sozial!</b>	<b>11</b>
<b>I. Für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Verfassung der Europäischen Union</b>	<b>13</b>
1. Der Entwurf einer alternativen Verfassung für die EU	13
<b>II. Die Zukunft eines sozialen Europas</b>	<b>15</b>
1. Die soziale Dimension Europas stärken	15
2. Demokratische Wirtschaftspolitik statt Lissabon-Strategie: Vorrang für Nachhaltigkeit und Vollbeschäftigung	17
3. Grünbuch Arbeitsrecht	19
4. Für einen EU-Binnenmarkt mit sozialen Mindest- standards, Mindestlöhnen und solidarisch koordinierter Lohnpolitik	21
5. Postmarkt-Liberalisierung: Vernichtung von Arbeitsplätzen muss gestoppt werden	22
6. Attacke auf soziale Mindeststandards unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus verhindern	24
<b>III. Die EU friedensfähig machen</b>	<b>29</b>
1. Den Ausbau der militärischen Interventionsfähigkeit stoppen – Die EU wieder friedensfähig machen	29
2. Die Strukturen der EU und der Mitgliedstaaten entmilitarisieren!	31
3. Für einen Europäischen Zivilen Friedensdienst	33

<b>IV. Energie-, Klima-, Umwelt- und Forschungspolitik sinnvoll und nachhaltig zum Erfolg führen</b>	<b>35</b>
1. Energiepolitik aus der fossil-atomaren Sackgasse führen	35
2. Klares Signal für »Kyoto II«-Verhandlungen – Klimawandel aufhalten	37
3. Für nachhaltigen Schutz der Meeresumwelt	39
4. Qualitative Leitlinien für die Forschungsförderung der EU	42
5. Menschen sind wichtiger als Patente	44
<b>V. Europäische Jugend- und Gleichstellungspolitik demokratisch und sozial gestalten</b>	<b>46</b>
1. Demokratische Jugendpolitik	46
2. Für eine gerechte Frauen- und Gleichstellungspolitik	48
<b>VI. Verlässliche Erweiterung und gleichberechtigte Nachbarschaft</b>	<b>51</b>
1. Verlässliche Erweiterung der EU	51
2. Nachbarn nicht zu Vasallen machen – Nachbarschaft auf der Basis von Gleichberechtigung und Solidarität pflegen	52
<b>VII. Solidarische Außenbeziehungen</b>	<b>55</b>
1. Konsequenz aus dem Wiener EU-Lateinamerika-Gipfel: Für neue solidarische Beziehungen	55
2. Für solidarische Außenwirtschaftsbeziehungen statt hegemonialer Freihandelspolitik	56
3. Entwicklungsfinanzierung auf eine breitere Basis stellen	59
<b>VIII. Für ein offenes Europa – gegen die »Festung EU«</b>	<b>61</b>
1. Für einen garantierten und gesicherten Grund- und Bürgerrechtsschutz	61
2. Wirksamer Flüchtlingsschutz, legale Einwanderungs- und Einreisemöglichkeiten, keine Kriminalisierung von Migrant(inn)en	64

<b>IX. Kulturelle Vielfalt im europäischen Integrationsprozess sichern</b>	<b>66</b>
1. Schutz der kulturellen Vielfalt gewährleisten	66
<b>X. Kein Platz für Faschismus in Europa</b>	<b>69</b>
1. Wirksam gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kämpfen	69
<b>Memorandum für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Europäische Union</b>	<b>73</b>



# Vorwort

## **Liebe Leserinnen und Leser,**

im ersten Halbjahr 2007 hat Deutschland turnusgemäß den Vorsitz in der Europäischen Union inne. Die Bundeskanzlerin ist in dieser Zeit Präsidentin des Europäischen Rates, der Entscheidungsinstanz der Staats- und Regierungschefs. Bundesminister und hohe Beamte haben den Vorsitz in den verschiedenen Gremien des Ministerrats und den anderen von Regierungsvertretern besetzten Organen der EU. Die Präsidentschaft bringt ein hohes Maß an Verantwortung der Bundesregierung mit sich. Sie setzt Schwerpunkte, schlägt die Tagesordnungen der Sitzungen vor, kann Projekte fördern und vertritt die EU, gemeinsam mit der Kommission, nach außen.

Gegenwärtig befindet sich die EU in der vielleicht tiefsten Krise ihrer bald 50-jährigen Geschichte. Die Ratifikation des von den Regierungen vorgelegten Verfassungsvertrags ist durch die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheitert. Der neoliberale Kurs hat dazu beigetragen, dass in der Union Wirtschaftswachstum gesunken, Arbeitslosigkeit und Armut aber gestiegen sind. Das Ziel der Lissabon-Strategie, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, steht in den Sternen. Die Union profiliert sich als ein Europa der profitorientierten Konzerne und Banken. Ihr fehlt die sozialstaatliche Dimension. Statt ihre Potenzen als zivile Friedensmacht in die Lösung internationaler Konflikte einzubringen, setzt die EU auf verstärkte Militarisierung, Aufrüstung und Militäreinsätze wie in Bosnien-Herzegowina und im Kongo. Von Demokratie, Durchschaubarkeit und Bürgernähe im Getriebe der Institutionen der EU kann nicht die Rede sein. Uns missfällt besonders die relative Machtlosigkeit des Europäischen Parlaments. Die EU verliert zunehmend die unverzichtbare Legitimierung durch das Einverständnis der Bürgerinnen und



Bürger. In Deutschland sank die Beteiligung an den Wahlen zum Europa-Parlament von 1994 – 60 Prozent über 1998 – 45,2 Prozent bis 2004 - 43,0 Prozent. Die Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler überwiegt bei weitem die Zahl der Wähler. Viele Bürgerinnen und Bürger haben Misstrauen und Angst davor, was aus Brüssel auf sie zukommt.

Wir erwarten von der Bundesregierung nicht, dass sie in ihrer kurzen Ratspräsidentschaft die Krise löst. Aber sie hätte Chancen, Weichen zu stellen. Es ist aber zu befürchten, dass sie die Chancen nicht wahrnimmt, sondern die EU weiter auf den Weg des Neoliberalismus und Militarismus sowie des Festschreibens demokratischer Defizite drängt. Der durchgefallene Verfassungsvertrag (VVG) soll offenbar mit Druck und Tricks »gerettet« werden. Dagegen ist entschiedener Widerstand nötig, der erfolgreich sein kann, wie das französische und das holländische Nein und der Kampf gegen die Dienstleistungsrichtlinie beweisen. Die Europäische Union braucht kein »Weiter so«, sondern eine Erneuerung an Haupt und Gliedern.

DIE LINKE. tritt für die Weiterführung der europäischen Integration auf der dreifachen Grundlage der Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger, der Selbstbestimmung der Völker und der

Gleichberechtigung der Staaten ein. Die Linksfraktion hat ihre Positionen, Forderungen und Vorschläge in zwei Anträgen an den Bundestag dargelegt<sup>[1]</sup>.

In dem Antrag »Die Zukunft der Europäischen Union und die Aufgaben der deutschen Ratspräsidentschaft« (Drucksache 16/3796) fordern wir eine breite demokratische Debatte über die Zukunft der europäischen Integration. Wir unterbreiten Vorschläge für eine Politik der Vollbeschäftigung, des ökologischen Umbaus, der Solidarität und sozialen Sicherheit, für eine konsequente Gleichstellungspolitik, für eine Energiepolitik, die dem Klimaschutz dient und Versorgungssicherheit gewährleistet. Wir fordern, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, dass die Militarisierung der EU rückgängig gemacht und Europa auf den Weg der Abrüstung und der nichtmilitärischen, zivilen Anstrengungen zur Konfliktlösung und Friedenssicherung gebracht wird. In dieser Broschüre können Sie, liebe Leserinnen und Leser, erfahren, wozu nach unserer Meinung die deutsche Ratspräsidentschaft genutzt werden könnte und sollte. Der Antrag der Linksfraktion wurde, wie üblich, mit den Stimmen der anderen Fraktionen, ohne den Inhalt zu diskutieren, abgelehnt. Er ist deshalb noch lange nicht vom Tisch der Politik.

Der Antrag »Für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Verfassung der Europäischen Union« (Drucksache 16/3402) enthält unsere Vorstellungen von einem alternativen Verfassungsvertrag und seinem demokratischen Zustandekommen. Mit dem hier abgedruckten Memorandum haben wir uns an unsere Freundinnen und Freunde in der Europäischen Linken und im Europaparlament gewandt, um eine breite Debatte unter den Linken in Europa über die Zukunft der EU und ihre Verfassung anzuregen.



Dr. Gregor Gysi



Oskar Lafontaine

Vorsitzende der  
Bundestagsfraktion DIE LINKE.

---

[1] Die beiden Anträge sind im Internet abrufbar:  
[www.linksfraktion.de/initiativen.php](http://www.linksfraktion.de/initiativen.php)



Die Welt ist keine Wurst



**STOPPT  
BOLKESTEIN**

Wir fordern von CDU/CSU und SPD:

Taten statt Worte  
Ein klares Nein zu Bolkestein

[www.w-asg.de](http://www.w-asg.de)

**WASG**

# Ja zu einem anderen Europa – demokratisch friedlich sozial!

Unter diesem Motto stehen die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE. während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

## **Demokratisch?**

Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden zu Recht, dass wichtige politische Entscheidungen der EU über ihre Köpfe hinweg gefällt werden. Das von ihnen gewählte EU-Parlament hat keine Initiativrechte und darf bei einigen Themen nur mitentscheiden. Die Regierungen der Mitgliedstaaten und die EU-Kommission entscheiden ohne entsprechende Legitimation. Wir wollen mehr direkte Demokratie. Die Menschen sollen bei wichtigen europäischen Entscheidungen durch Volksabstimmungen befragt werden, so z. B. über eine alternative EU-Verfassung.

## **Friedlich?**

Militärische Einsätze sind zum festen Bestandteil der europäischen Außenpolitik geworden. Mit der gescheiterten EU-Verfassung sollen die Mitgliedstaaten der EU zur militärischen Aufrüstung verpflichtet werden. Die Missachtung des Völkerrechts wird von der EU praktiziert und geduldet, eine atomare Abrüstung verschwindet gänzlich von der Tagesordnung. Die Kriege im Irak und in Afghanistan zeigen, dass man den Terror nicht mit Krieg bekämpfen kann. Europa sollte sich zu einer Friedensmacht entwickeln. Humanitäre Hilfe in Krisenregionen, verbunden mit militärischer und atomarer Abrüstung, und einem Ausbau der Entwicklungsaktivitäten für die ärmeren Länder in der Welt.

## **Sozial?**

Die Menschen verbinden mit der Europäischen Union (EU) und dem Beitritt von 12 Staaten in den letzten Jahren Arbeitsplatzabbau und sozialen Abstieg. Über 17 Millionen Arbeitslose, der Anstieg prekärer Beschäftigung, die Verschlechterungen in den sozialen Sicherungssystemen, die Privatisierungspolitik der öffentlichen Daseinsvorsorge verbunden mit einer gravierenden Zunahme von Armut und Umverteilung zugunsten der Vermögenden sind deutliche Belege für die neoliberale Ausrichtung der EU. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist zum Synonym dieser unsozialen Politik geworden. Konzern- und Kapitalinteressen müssen

zurückgedrängt und die Menschen Europas im Mittelpunkt von politischen Entscheidungen stehen.

Mit dieser Broschüre wollen wir wichtige Themen benennen, die unsere Fraktion in den nächsten Monaten parlamentarisch und außerparlamentarisch auf die politische Agenda setzen wird oder schon gesetzt hat. Sie ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit der AG Europa mit nahezu allen Fachbereichen unserer Fraktion. Vielleicht vermissen Sie das ein oder andere für Sie wichtige Thema. Die Broschüre ist eine Arbeitsgrundlage für den Beginn der EU-Ratspräsidentschaft. Unsere Arbeit ist geprägt durch eine ständige Erweiterung der Themen und politischen Herausforderungen. Wenn Sie sich über den aktuellsten Stand unserer Aktivitäten informieren wollen, besuchen Sie unsere Homepage unter [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de).

Wir zwingen die Bundesregierung, sich mit unseren Alternativen auseinanderzusetzen und laden alle Leserinnen und Leser ein, mit uns gemeinsam für ein sozialeres Europa zu streiten. Wir begleiten unsere parlamentarische Arbeit mit einer Reihe von öffentlichen Veranstaltungen. So wollen wir auch den Gegengipfel G8 in Heiligendamm nutzen, um für unsere europäischen Alternativen zu werben. Mit dem Memorandum von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi laden wir die Europäische Linke, die außerparlamentarische Bewegung und alle Bürgerinnen und Bürger ein, Alternativen zur bestehenden neoliberalen EU zu entwerfen. Europa muss sich verändern – damit es gelingt!

Berlin, im Januar 2007



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Diether Dehm'.

Dr. Diether Dehm  
Europapolitischer Sprecher



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Keskin'.

Prof. Dr. Hakkı Keskin  
Erweiterungsbeauftragter



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alexander Ulrich'.

Alexander Ulrich  
Obmann im EU-Ausschuss

# **I. Für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Verfassung der Europäischen Union**

## **1. Der Entwurf einer alternativen Verfassung für die EU**

### **Worum geht es?**

Der Verfassungsvertrag, den die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten im Herbst 2004 beschlossen haben, ist über die Köpfe der Menschen hinweg zustande gekommen. In den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden ist das Vorhaben aus gutem Grunde gescheitert. Der Verfassungsvertrag weist gravierende Mängel auf. Er wird Europa in die falsche Richtung führen: weniger friedlich, weniger sozial und ohne grundlegende Demokratisierung. Die Krise in Europa spitzt sich zu. Den meisten Bürgerinnen und Bürgern in Europa ist die EU fremd. 20 bis 40 Prozent an demokratischem Einfluss verbleiben auf nationaler Ebene, ca. 60 bis 80 Prozent der Gesetzesinitiativen haben ihren Ursprung in Brüssel. Die Menschen können nicht nachvollziehen, wann und wo Europa ihren Alltag bestimmt.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Bis heute haben den Verfassungsvertrag insgesamt 18 Mitgliedstaaten ratifiziert, sieben Länder haben das Verfahren ausgesetzt. Auch Deutschland hat noch nicht endgültig ratifiziert. Die Franzosen und Niederländer lehnen es ab, über den Verfassungsvertrag in unveränderter Form nochmals abzustimmen. Die Staats- und Regierungschefs verlängern ihre selbstverordnete »Denkpause« um mindestens ein weiteres Jahr. Eine Lösung scheint nicht in Sicht.

Die Bundesregierung hat die Aufgabe, auf dem Europäischen Gipfel im Juni 2007 einen Fahrplan (Roadmap) zum weiteren Vorgehen in der Verfassungsdebatte vorzustellen. Während vielfältige Überlegungen – angefangen von einem Minivertrag über eine Änderung des Nizza-Vertrags bis hin zu einem »europäischen Grundgesetz« – vorgetragen werden, tut die Bundesregierung immer noch so, als ob die Zukunft Europas auf der Grundlage des gescheiterten Verfassungsvertrags formuliert und gestaltet werden könnte. Dieser Vertrag würde das Demokratiedefizit der EU festigen, die Dominanz der großen Mächte über kleine Mit-

gliedstaaten verstärken, einen wirtschafts- und währungspolitischen Kurs des rigorosen Neoliberalismus festlegen und die weitere Militarisierung der EU befördern.

### **Was will DIE LINKE.?**

Wir fordern einen demokratischen Neubeginn in der Verfassungsfrage. Dazu wird das deutsche Zustimmungsgesetz zum Verfassungsvertrag von Bundestag und Bundesrat wieder aufgehoben. Der Verfassungsvertrag muss vor allem den Bürgerinnen und Bürgern der EU nutzen. Sie müssen gleiche Rechte und Pflichten erhalten. Das Ziel ist ein demokratisches, friedliches und sozial gerechtes Europa. Die Bundesregierung soll die Zeit der EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um mit ihren Partnern in der EU die Voraussetzungen für eine Europäische Verfassergebende Versammlung zu schaffen. Diese soll in einer breiten demokratischen Diskussion den Text eines neuen Verfassungsvertrags erarbeiten. Am Ende der Beratungen findet in allen EU-Mitgliedstaaten gleichzeitig eine Volksabstimmung statt. Die Verfassung soll nur gelten, wenn ihr in allen EU-Ländern mehr als die Hälfte der Teilnehmer der Abstimmung zustimmen.

### **Was ist zu tun?**

Teil der Roadmap, die auf dem Juni-Gipfel 2007 vorgestellt wird, müssen auch inhaltliche Elemente einer anderen Verfassung sein. Konkrete inhaltliche Forderungen an eine alternative Verfassung haben wir in den Bundestag eingebracht (Drucksache 16/3402). Im Interesse einer zukünftig demokratisch, friedlich und sozial gestalteten EU fordern wir die Bundesregierung auf, sich diese Vorschläge zu eigen zu machen.

# II. Die Zukunft eines sozialen Europas

## 1. Die soziale Dimension Europas stärken

### Worum geht es?

Die soziale Dimension ist in der EU nur schwach verankert. Es gibt auf europäischer Ebene kaum Kompetenzen für verbindliche Sozialpolitik. Die europäische Sozialpolitik ordnet sich einer neoliberal ausgerichteten Wirtschaftspolitik der EU unter. Sie flankiert die Marktöffnungspolitik und dient nicht als Instrument der Gewährleistung sozialer Sicherheit für die Menschen Europas. Die Garantie sozialer Rechte obliegt den einzelnen Mitgliedstaaten. Der Widerspruch zwischen Marktliberalisierung und nationaler Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt fördert einen Standortwettbewerb zulasten der öffentlichen sozialen Sicherungssysteme.

Deutlich wird die Dominanz der Liberalisierungspolitik gegenüber sozialen Belangen bei dem Versuch, über die Dienstleistungsrichtlinie grenzüberschreitende Dienstleistungsangebote zu ermöglichen, ohne die jeweils gültigen sozialen und arbeitsrechtlichen Standards abzusichern. So würden Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor geöffnet.

Von den Akteuren in der EU wird immer noch ignoriert, dass gerade Länder mit hoher Staatsquote, ausgebautem öffentlichen Sektor und umfassenden sozialen Sicherungssystemen hohe Beschäftigungsraten, gute Lebensbedingungen und geringe Armutsquoten realisieren. Auf dieser Einsicht muss zukünftig die europäische Sozialpolitik aufbauen.

### Wie ist der aktuelle Stand?

Der neoliberale Umbau Europas geht weiter. Sozialpolitik als verbindliche Rechtssetzung auf europäischer Ebene wird von den Regierenden zunehmend abgelehnt. Sozialpolitische Maßnahmen beschränken sich auf eine unverbindliche und erfolglose Koordinierung der nationalen Politiken. Mit dem Instrument der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) – einer weichen Form der Koordinierung der nationalen Exekutiven – wird versucht, die nationalen Sicherungssysteme umzubauen. Vorschläge zur »Modernisierung« der sozialen Sicherungssysteme stärken in diesem Zusammenhang aber nicht die öffentlichen Systeme und stellen sie auf eine solide und nachhaltige Finanzierungsbasis,



sondern befördern Privatisierung und Individualisierung von sozialen Risiken. So werden in der Alterssicherung beispielsweise Lebensarbeitszeitverlängerung und der Aufbau privater Säulen gefordert. Ein Beispiel für die Erfolglosigkeit ist die »europäische« Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung, die auf dem Gipfel von Lissabon im Jahr 2000 zu einer wichtigen sozialpolitischen Aufgabe erklärt wurde. Diese Absichtserklärung blieb aber auf die Etablierung einer OMK beschränkt. Im Ergebnis ist die Armutsquote seit 2000 für die EU 15 gestiegen. Etwa 70 Millionen Menschen in der EU 25 sind nach offiziellen Angaben arm.

### **Was will DIE LINKE.?**

Wir fordern zuverlässige Bedingungen für eine stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung, ökologische Nachhaltigkeit und weltweite Solidarität. Die europäische Antwort auf die sich ausbreitende Unsicherheit und Armut liegt in der Umsetzung verbindlicher Standards auf hohem Niveau und der Bereitstellung relevanter finanzieller Mittel für die öffentlichen Sicherungssysteme und den Kampf gegen die Armut.

### **Was ist zu tun?**

Wir wollen die deutsche Ratspräsidentschaft nutzen, um soziale Anliegen stärker in die Debatte einzubringen. Dem Standortwettbewerb zulasten der öffentlichen sozialen Sicherungssysteme müssen Grenzen gesetzt werden. Wir fordern die verbindliche Verankerung sozialer Rechte in einem alternativen Verfassungsvertrag. Notwendig sind Schutzmechanismen für die nationalen Sozialstaaten, die ausschließen, dass der Standortwettbewerb auf Kosten der sozialen Sicherung geht. Dazu gehören die Festlegung verbindlicher sozialer (Mindest-)Standards, Mindestlöhne, eine Einigung auf ein Sozialabbauverbot und eine Mindestsozialleistungsquote.

## **2. Demokratische Wirtschaftspolitik statt Lissabon-Strategie: Vorrang für Nachhaltigkeit und Vollbeschäftigung**

### **Worum geht es?**

Die 2005 in reduzierter Form neu aufgelegte Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung ist das zentrale Projekt der EU-Kommission. Ziel ist es, die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen. Dazu setzt die EU auf den neoliberalen Dreiklang aus Liberalisierung, Flexibilisierung und Kostensenkung für Unternehmen. Das will sie

über eine forcierte Marktöffnung vor allem im Energie- und Dienstleistungssektor, eine Deregulierung des Arbeitsrechtes und einen einseitigen Konsolidierungskurs in der Geld-, Steuer- und Haushaltspolitik erreichen. Bisher beklagt die Kommission lediglich die mangelnde Umsetzung durch die Mitgliedstaaten. Gescheitert ist aber die komplette Strategie.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2007 wird die EU-Kommission ihren jährlichen Fortschrittsbericht vorlegen und ihre angeblichen Erfolge feiern. Fakt ist aber: Die europäische Wirtschaft lahmt weiter. Zwischen 2001 und 2005 wuchs die Wirtschaft nur um 1,7 Prozent, der Wachstumsschub von 2,8 Prozent im Jahre 2006 wird sich 2007 wieder abschwächen. Am Problem der Massenarbeitslosigkeit hat sich nichts geändert. In der EU sind über 17 Millionen Menschen ohne Arbeit.

Besonders betroffen sind Slowenien (14,3 Prozent) und Polen (13,9 Prozent). Deutschland liegt auf dem 5. Platz mit 8,9 Prozent. Der Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre ist vor allem auf unsichere Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen. Teilzeit, geringfügige und befristete Arbeitsverhältnisse nehmen zu. 4 von 10 jungen Arbeitnehmern haben nur einen befristeten Vertrag. 17 Prozent der Menschen verfügen über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens.

Die Bundesregierung unterstützt die Lissabon-Strategie. Ihre falsche Botschaft lautet: Deutschland ist Exportweltmeister und muss es auch bleiben! Deshalb betreibt sie eine Politik des Steuer- und Lohndumpings. Unternehmenssteuern werden gesenkt, öffentliche Investitionen werden reduziert, der Druck auf die Löhne erhöht. Das macht zwar die Unternehmen im Ausland wettbewerbsfähig, schwächt aber die Binnennachfrage weiter. Das geschieht auf Kosten der Beschäftigten und der anderen EU-Staaten.

### **Was will DIE LINKE.?**

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für eine alternative Strategie für Vollbeschäftigung und Nachhaltigkeit einzusetzen. Ökonomische Nachhaltigkeit zielt auf angemessenes Wirtschaftswachstum, eine neue Art der Vollbeschäftigung, auf den Erhalt des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums, umwelt- und sozialgerechte Produktivitätsentwicklung und Innovationsfähigkeit, auf wirtschaftliche Stabilität und eine ausgeglichene Leistungs- und Handelsbilanz ab. Die von uns geforderte sozial-kulturelle Nachhaltigkeit überwindet Armut und soziale

Ausgrenzung, beinhaltet die Geschlechtergleichstellung, die Verwirklichung der sozialen Grundrechte durch den gleichen Zugang aller zur Nutzung öffentlicher Güter und gewährt öffentliche Daseinsvorsorge. Ökologische Nachhaltigkeit schützt die biologische Vielfalt, verringert drastisch den Energieverbrauch, Rohstoff- und Verkehrsströme, die Landnutzung sowie die Giftstoffbelastung der Umwelt.

### **Was ist zu tun?**

Diese Ziele sollen in einem neuen »Pakt für Beschäftigung, Nachhaltigkeit und Solidarität« verankert werden, der die Lissabon-Strategie und den Stabilitäts- und Wachstumspakt ersetzt. Der Pakt legt verbindliche Leitlinien und konkrete Vorgaben für die Mitgliedstaaten fest und wird entsprechend der Koordinierung der Wirtschaftspolitik überwacht und sanktioniert.

## **3. Grünbuch Arbeitsrecht**

### **Worum geht es?**

Die Europäische Kommission hat mit dem Grünbuch »Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts« vom 22. November 2006 eine Debatte zur Modernisierung des Arbeitsrechts eingeleitet. Die in dem Dokument präsentierten Daten sind alarmierend: Für 40 Prozent der Beschäftigten gilt heute nicht der arbeitsrechtliche und soziale Schutz, der unbefristet Beschäftigten zusteht. Tendenz zunehmend. Die Folge: Immer mehr Menschen mit befristeten oder geringqualifizierten Jobs mit ungenügender sozialer Absicherung geraten ins soziale Abseits. Gleichzeitig nimmt die Armut bei den Beschäftigten stetig zu.

Gegenwärtig gibt es in der EU 14 Millionen »Working Poor«. Mit Verweis auf angebliche ökonomische Notwendigkeiten für den Abbau von Schutzrechten für Beschäftigte ordnet die EU-Kommission die Sozial- und Beschäftigungspolitik nahezu vollständig einer Wirtschaftspolitik unter, die im Interesse der Unternehmen, aber nicht der abhängig Beschäftigten ist. Das befördert den Abbau sozialer Sicherheit und eine Angleichung nach unten bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Der Konsultationsprozess zum Grünbuch wird Ende März 2007 enden. Die europäische Antwort auf die sich ausbreitende Armut und Unsicherheit beschränkt sich bisher auf die Erhebung von Daten und die Verbreitung entsprechender Statistiken. Weder

wurden konkrete Maßnahmen umgesetzt noch wurden ausreichende finanzielle Mittel für den Kampf gegen die Armut bereitgestellt. Zudem haben die Europäische Kommission und der Rat, trotz anhaltender Kritik der Gewerkschaften in den Mitgliedsländern, eine Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet, die – sollte sie umgesetzt werden – der Absenkung von Sozial- und Arbeitsstandards Vorschub leisten wird.

### **Was will DIE LINKE.?**

DIE LINKE. begrüßt grundsätzlich die Initiative, Missstände im Arbeitsrecht zügig abzustellen und bereits im ersten Halbjahr 2007 dazu Vorschläge zu unterbreiten. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft für eine substanzielle Weiterentwicklung der Empfehlungen der EU zur Verbesserung des Arbeitsrechts zu nutzen.

### **Was ist zu tun?**

Prekäre Beschäftigung ohne existenzsichernde Einkommen und prekäre Selbständigkeit können abgebaut werden, indem alle »Anreize« – z. B. bei Steuern, Lohnnebenkosten oder Beschäftigungszuschüssen – für prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgeschafft werden. An die Ausgestaltung von Leiharbeit sind Mindestanforderungen gesetzlich zu verankern. Lohndumping muss durch geeignete Mindeststandards und Kontrollmechanismen wie die Einführung von Mindestlöhnen in Höhe von 65 Prozent des nationalen Durchschnittslohns und eine soziale Grundsicherung von 60 Prozent des nationalen Bruttonational-einkommens pro Kopf wirksam unterbunden werden.

Teilzeitarbeit ist als substanzielle und geschützte Arbeitszeit von 15 bis 25 Wochenstunden zu gestalten – für alle, die Teilzeit wollen. Voll- und Teilzeitarbeit müssen im Hinblick auf Karriere-chancen, Stundenentgelte, Sozialleistungen, Weiterbildung gleichgestellt werden. Diese Prinzipien müssen in der Diskussion um das Grünbuch Arbeitsrecht und die Grundsätze des Rates zur »Flexicurity« (Flexibilität und soziale Sicherheit) mit Nachdruck eingebracht werden. Glaubwürdigkeit kann die Bundesregierung nur beanspruchen, wenn sie zugleich von ihren Plänen zur Ausweitung der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland Abstand nimmt, Mindestlöhne einführt und prekäre Beschäftigungsformen (Mini-/Midi-Jobs, Leiharbeit, befristete Beschäftigung) zurückdrängt. Der unbefristete Arbeitsvertrag muss die Regel sein. Nur so können Unsicherheit und Armut trotz Arbeit – in Deutschland und Europa – abgeschafft werden.

## **4. Für einen EU-Binnenmarkt mit sozialen Mindeststandards, Mindestlöhnen und solidarisch koordinierter Lohnpolitik**

### **Worum geht es?**

Die »Vollendung« des EU-Binnenmarktes ist gemeinsam mit der Lissabon-Strategie das Kernprojekt der neoliberalen EU-Agenda. DIE LINKE. unterstützt die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes als mögliches Gegengewicht zur neoliberalen Globalisierung. Allerdings ist die Binnenmarktpolitik der EU einseitig ausgerichtet: Sie setzt ausschließlich auf den uneingeschränkten Wettbewerb zwischen privaten Unternehmen. Gemeinwohlorientierte Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit oder auch die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Energie, Wasser oder Post- und Telekommunikationsdienstleistungen wurden in den letzten Jahren für private Unternehmen geöffnet und so dem Profitstreben unterworfen. Damit beschleunigt die EU den Wettlauf um die niedrigsten Unternehmenssteuern, die niedrigsten Löhne und die niedrigsten Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Die Liberalisierung im Rahmen des EU-Binnenmarktes hat in den letzten Jahren zu Preissteigerungen für Kunden, Qualitätsverlusten, Arbeitsplatzabbau und schlechten Arbeitsbedingungen in den betroffenen Wirtschaftsbereichen geführt. Die Bundesregierung ist Vorreiterin in diesem Prozess. Die Dienstleistungsrichtlinie zeigt deutlich, wie ökologische und soziale Standards einer wettbewerbsorientierten Deregulierung unterworfen werden. Die EU verfolgt ihren Kurs weiter und legt im ersten Halbjahr ihre Schwerpunkte auf:

- eine neue Binnenmarktstrategie,
- die Vollendung des Binnenmarktes für Strom und Gas bis zum Juli 2007,
- die vollständige Liberalisierung der Postdienste bis 2009,
- die forcierte Liberalisierung der Gesundheitsdienste, des Rüstungsmarktes und der Finanzdienstleistungen.

### **Was will DIE LINKE.?**

Dienstleistungen, zu denen Post, Schulen, Krankenhäuser, sauberes Wasser und öffentliche Transportsysteme zählen, sind durch Liberalisierung, Privatisierung und die Einführung von Regeln der freien Marktwirtschaft gefährdet. Diese Dienstleistungen sind essenzielle Lebensgrundlagen für die Bürgerinnen und

Bürger Europas und müssen öffentlich erbracht werden. Wir fordern eine Wiederherstellung der öffentlichen Verantwortung für eine flächendeckende Bereitstellung dieser Dienstleistungen zu günstigen Preisen, auf hohem Qualitätsniveau und mit hochwertigen Beschäftigungsbedingungen.

### **Was ist zu tun?**

Die Ausgestaltung des EU-Binnenmarkts muss auf die Schaffung und Harmonisierung von hohen arbeitsrechtlichen, sozialen und ökologischen Standards ausgerichtet werden. Während der Ratspräsidentschaft werden wir diese Auseinandersetzung weiterführen. Die Bundesregierung muss eine Initiative zur EU-weiten Einführung von Mindestlöhnen starten.

Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie darf weder zulasten der sozialen Sicherungen gehen noch zu Lohndumping führen. Gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund fordern wir eine Rahmenrichtlinie zur Bewahrung der sogenannten Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ([www.petitionpublicservice.eu](http://www.petitionpublicservice.eu)).

Der Europäische Gewerkschaftsbund setzt dagegen:

»Nicht bei jeder Tätigkeit muss der Profit im Vordergrund stehen, schließlich gibt es Dienstleistungen, deren Erfüllung wichtiger ist als das Erwirtschaften von Gewinnen.«

(Generalsekretärs John Monks)

## **5. Postmarkt-Liberalisierung: Vernichtung von Arbeitsplätzen muss gestoppt werden**

### **Worum geht es?**

Die Öffnung der Postmärkte wird durch die Europäische Kommission seit Mitte der neunziger Jahre schrittweise vorangetrieben. Durch die Liberalisierung der Post gingen in der EU alleinzwischen 2000 und 2002 ca. 30 000 Arbeitsplätze verloren. In Deutschland sind zwischen 1999 und Ende 2004 ca. 13 000 Arbeitsplätze durch die Liberalisierung des Postmarktes vernichtet worden. Gewachsen hingegen ist der Niedriglohnsektor. Während die Zahl der geringfügig Beschäftigten bei der Deutschen Post AG unter einem Prozent liegt, beträgt sie bei den neuen Briefdienstleistern über 60 Prozent. Während der deutschen Ratspräsidentschaft sollen die Folgen der Privatisierung der Post, die sich besonders deutlich in Deutschland zeigen, auf die ganze EU übertragen werden.

## **Wie ist der aktuelle Sachstand?**

Die Europäische Kommission will den letzten Schritt zur totalen Liberalisierung der Postdienste vollziehen. In einem Richtlinienentwurf schlägt sie vor, das letzte Briefmonopol für Briefe unter 50 Gramm aufzuheben und zum 1. Januar 2009 für den Wettbewerb zu öffnen. Deutschland will den nationalen Markt für Postdienste bereits zum 1. Januar 2008 vollständig öffnen. Damit wäre völlig ungeklärt, wie die flächendeckende Versorgung mit hochwertigen Postdienstleistungen in Zukunft gesichert werden soll. Diese europäische Richtlinie hätte verheerende Auswirkungen wie beschleunigtes Filialsterben, noch längere Schlangen vor den Postschaltern, schlechtere Versorgung des ländlichen Raumes, erhebliche Verluste von Arbeitsplätzen und der Arbeitsplatzqualität, Preiserhöhungen und den Ausschluss der Schwächsten von postalischen Dienstleistungen.

## **Was will DIE LINKE.?**

Wir fordern die Bundesregierung auf, die vollständige Postmarkt-Liberalisierung im Interesse der Kunden und Beschäftigten zu stoppen. Die Bundesregierung darf sich nicht zur europaweiten Fürsprecherin der Deutschen Post AG machen. Sie hat vielmehr die öffentlichen Interessen der EU-Mitgliedsländer wie Frankreich, Belgien und des Mittelmeerraums zu respektieren, die an ihren öffentlichen Postdiensten festhalten wollen.

## **Was ist zu tun?**

Die geplante Richtlinie darf nur eine EU-weite Harmonisierung der Universaldienstverpflichtungen auf hohem Niveau sicherstellen. Das betrifft die flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung sowie hochwertige Beschäftigungsbedingungen! Die nationalstaatliche Zuständigkeit für die Erbringung und Ausgestaltung von Leistungen der Daseinsvorsorge muss grundsätzlich beibehalten werden und damit auch die Aufrechterhaltung des geschützten Bereichs bei den 50-Gramm-Briefen.

## **Pressemitteilungen:**



*Billigpost – in Deutschland schon Realität  
Die Gewerkschaft Ver.di hat eine Kampagne gegen die Firma  
»Porto sparen im Norden« gestartet. Dieser Postdienstleister  
gehört zur Pin Group, zu der sich WAZ, Springer und andere  
Zeitungsverlage zusammengeschlossen haben. Sie versuchen,  
den Marktanteil der Deutschen Post AG zu schmälern.*

*Ver.di prangert die Arbeitsbedingungen des Unternehmens an. Es zahlt keinen Stundenlohn, sondern nach Anzahl der zugestellten Stücke. Der Stücklohn beträgt 0,13 Cent pro zugestellter Briefsendung und 0,10 Cent pro Info-Sendung. Auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verweigert die Firma. Bei den Arbeitsplätzen handelt es sich fast immer um befristete Stellen. Bei der Gewährung von Urlaub hält das Unternehmen die Mindestvorgaben des Bundesurlaubsgesetzes nicht ein.*

*Europäische Postkonzerne machen Druck  
Führende europäische Postunternehmen machten in Brüssel deutlich, dass sie mit Kommissar McCreevy an einem Strang ziehen. Auch die Deutsche Post AG begrüßt den Vorschlag aus Brüssel. Bereits am Vorabend der Kommissionsentscheidung hatten die Chefs der fünf großen Postunternehmen in Deutschland, Großbritannien, Finnland, Schweden und den Niederlanden gefordert, beim Datum 2009 zu bleiben und einen Gleichklang sicherzustellen. (Aus: Presseerklärung Deutsche Post AG)*

## **6. Attacke auf soziale Mindeststandards unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus verhindern**

### **Worum geht es?**

»Better Regulation« (Bessere Rechtsetzung), unter diesem wohlklingenden Titel betreibt die EU ihr Vorhaben zum Bürokratieabbau. Bis zum Jahr 2008 sollen 220 EU-Gesetze überarbeitet oder abgeschafft werden. Sie folgt der einfachen Gleichung: »Weniger Bürokratie = mehr Wachstum«. Anlass der Initiative ist die Behauptung, Unternehmen in Europa leiden unter hohen Bürokratiekosten und ein drastischer Bürokratieabbau führe zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Auf Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 16/3255) konnte die Bundesregierung keine Auskunft über Bürokratiekosten der europäischen Wirtschaft sowie ihre wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Effekte geben. Die Initiative der Europäischen Kommission führt, wie die Politik in Europa insgesamt, zu einer sozialen Schieflage. Gesetze und Verordnungen werden zuallererst als bürokratische Belastungen für Unternehmen aufgefasst, nicht als gesellschaftlich notwendige Regelungen, die soziale und ökologische Standards in den Mitgliedsländern gewährleisten sollen. Beispielhaft



war der Streit um die EU-Richtlinie zur optischen Strahlung. Diese sollte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Sonneneinstrahlung und damit vor möglichen Hautkrebserkrankungen schützen. Im September 2005 zog die Kommission diesen Teil der Richtlinie mit der Begründung des Bürokratieabbaus zurück.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Der Bürokratieabbau ist ein zentrales Anliegen der deutschen Ratspräsidentschaft. Auf europäischer Ebene soll ein Normenkontrollrat eingerichtet werden, wie er derzeit in Deutschland schon existiert. Der Rat soll auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates im März 2007 beschlossen werden. Er soll Gesetze und Verordnungen auf »Bürokratiekosten« untersuchen, um so mittelfristig 25 Prozent der Kontroll- und Statistikpflichten abzuschaffen. Gegenüber der Fraktion DIE LINKE. erklärte die Bundesregierung, sie erkenne bei der Initiative zum Bürokratieabbau keine soziale Schieflage und wolle deshalb keine Kurskorrektur vornehmen. Sie beabsichtigte auch nicht, die Bürgerinnen und Bürger stärker in das Vorhaben einzubeziehen.

### **Was will DIE LINKE.?**

DIE LINKE. begrüßt jede Aktivität für ein bürgernahes Europa und für »bessere Gesetze«. Nach aktuellen Umfragen verbindet mehr als jeder dritte EU-Bürger das Thema Bürokratie und Bürgerferne mit der EU. Bürokratieabbau in Europa darf jedoch nicht mit dem Abbau sozialer und ökologischer Standards verwechselt werden. Der bisher einseitig auf die Wirtschaftsinteressen ausgerichtete Kurs muss korrigiert werden. Wirtschaft, Arbeit und Umwelt, die Pfeiler einer nachhaltigen Entwicklung, müssen gleichwertig in die Folgenabschätzungen einfließen. Vorrangiges Kriterium für die Beurteilung von Vorschriften und gesetzlichen Regelungen muss der gesellschaftliche Nutzen sein und nicht der Aufwand und die Kosten, die möglicherweise für Unternehmen entstehen.

### **Was ist zu tun?**

Die Leitlinie zur Gesetzesfolgenabschätzung in ihrer derzeitigen Form muss zurückgenommen werden. Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände sind in die Vorhaben zum Bürokratieabbau systematisch einzubeziehen. Sie sollen Einfluss auf die Zusammensetzung des europäischen Normenkontrollrats nehmen, soweit er eingerichtet wird. Neue Instrumente der Bürokratiekostenmessung sind zu entwickeln, die auch den gesellschaftlichen Nutzen einer Rechtsvorschrift und die Kosten eines Regulierungsverzichts messen.

## Pressemitteilungen:

### *Bürokratische Belastung der Wirtschaft – Mythos und Realität*

*Wirtschaftsverbände und große Teile der Presse beklagen hohe Bürokratiekosten für Unternehmen.*

*Behauptungen, die oft schlicht falsch sind, wie das Beispiel von Statistikpflichten zeigt. Laut »Wirtschaftswoche« (20.11.2006) werden in einer mittelständischen Gießerei für die Erstellung von Statistiken pro Jahr angeblich 600 Arbeitsstunden aufgewandt, Gesamtkosten – 46 500 Euro. Tatsächlich werden jedoch 85 Prozent der knapp 3,5 Millionen Unternehmen in Deutschland überhaupt nicht zu einer Erhebung durch die Statistischen Ämter herangezogen. Das zeigt eine aktuelle repräsentative Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, basierend auf Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, für das Jahr 2004. Die verbleibenden rund 500 000 Unternehmen (15 Prozent) mussten im Durchschnitt rund 64 Minuten im Monat für Fragen der amtlichen Statistik aufwenden.*

### *Schlagwort Bürokratieabbau*

*Industriegewerkschaft BAU zur EU-Richtlinie zur optischen Strahlung, die Bauarbeiter vor zu hoher Sonnenstrahlung und möglichem Hautkrebs schützen sollte und dem »Bürokratieabbau« zum Opfer fiel: »Es geht bei der in vielen Kommentaren als bürokratisch diffamierten Richtlinie nicht um Regelungswut und praxisferne Gesetze, sondern um die Gesundheit und das nackte Leben von Menschen, die körperlich hart arbeiten und dabei stunden- und tagelang der heißen Sonne ausgesetzt sind.«*

*Möglicherweise sei das im klimatisierten Abgeordnetenbüro und in manchen Redaktionsstuben nicht nachvollziehbar. Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum am 25. Januar 2006 in Davos: »Wir brauchen vor allen Dingen die Kraft, uns mit dem Thema des Bürokratieabbaus zu beschäftigen. Ich habe dieses Thema für die Arbeit unserer Regierung zur Chefsache erklärt, weil ich glaube, dass wir im Augenblick grandiose Kräfte in Deutschland dadurch fesseln, dass wir uns in Regularien, die scheinbare Sicherheit versprechen, verfangen haben.«*

*Bürokratieabbau und Deregulierung in Deutschland  
Unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus werden  
in Deutschland zahlreiche soziale und ökologische  
Standards abgebaut.*

*In einigen Bundesländern gibt es Modellprojekte zu  
»Bürokratieabbau und Deregulierung«. In der Modellregion  
Ostwestfalen-Lippe kündigten Gewerkschaften und Umwelt-  
verbände im April 2006 ihre Mitarbeit auf. Ihre Begründung:  
Die Initiative ist zum Lobbyismus der Wirtschaft verkommen,  
mit der soziale Rechte von Arbeitnehmern und der  
Umweltschutz demontiert werden.*

*Mit einem »Ersten Gesetz zum Abbau bürokratischer  
Hemmnisse« beschlossen Union und SPD im Juni 2006  
die Abschaffung des betrieblichen Datenschutzbeauftragten  
in Kleinbetrieben. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz  
und die Informationsfreiheit Peter Schaar kritisierte eine  
»Reduzierung des Datenschutzes« in weiten Teilen  
des Handels, des Handwerks und der freien Berufe,  
die »nicht in Einklang mit europäischem  
Recht« steht.*

# III. Die EU friedensfähig machen

## 1. Den Ausbau der militärischen Interventionsfähigkeit stoppen – Die EU wieder friedensfähig machen

### Worum geht es?

Die europäische Integration im Rahmen der EWG und später der EU hat den Völkern nach dem II. Weltkrieg stabile Friedensbeziehungen gebracht. Zwischen verfeindeten Staaten wurde Frieden gestiftet. Heute aber beteiligen sich nicht nur die Mitgliedstaaten der EU, sondern zunehmend diese selbst an weltweiten Militärinterventionen zur »Verteidigung ihrer Werte« und zur »Wahrnehmung ihrer Interessen« auf dem Gebiet der Energie- und Rohstoffsicherung. Statt Frieden zu fördern, trägt die EU zur Militarisation von Konflikten bei.

### Wie ist der aktuelle Stand?

Während der Vorarbeiten zur Montan-Union und nach Ausbruch des Korea-Kriegs sollte der europäischen Integration durch eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) eine militärische Dimension gegeben werden. Das scheiterte 1954 am ablehnenden Votum der französischen Nationalversammlung. Schon bei der Gründung der EU durch den Vertrag von Maastricht (1992) erhielt diese aber einen ersten militaristischen Ansatz: »Auf längere Sicht« sollte der EU »auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik« obliegen. Seit dem Vertrag von Amsterdam (1997) erstreckten sich die Befugnisse der EU auf »die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik ..., die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, falls der Europäische Rat dies beschließt«. Das geschah dann im Juni 1999, nach dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien, während der Sitzung des Europäischen Rats in Köln – wenige Monate nach dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung. Der ehemalige NATO-Generalsekretär Solana, der den Angriffsbefehl auf Jugoslawien erteilt hatte, wurde zum Beauftragten der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) berufen. Im Juni 2002 legte er den Entwurf einer Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) vor, die im Dezember 2002 verabschiedet wurde. Einer der Kernsätze dieses Dokuments lautet: »Wir müssen eine Strategiekultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.« Parallel zur Schaffung normativer Voraussetzungen für militärische Interventionen wurden die militärischen Kapazitäten ausgebaut. Seit 2004



gibt es in Europa neben den Eingreifkräften der NATO, der NATO Response Force (NRF), auch solche der EU, die European Rapid Reaction Force (ERRF). Seit Ende 2003 werden zusätzlich sowohl nationale als auch multinationale Gefechtsverbände, Battle Groups (EBG), aufgebaut.

Im EU-Verfassungsvertrag vom 20. Oktober 2004 wurde die Ausrichtung auf militärische Interventionen festgeschrieben, um sie mit höherer Legitimation zu versehen. Zugleich wurden eine Aufrüstungsverpflichtung der Mitgliedstaaten festgelegt, die Einrichtung einer Europäischen Verteidigungsagentur als EU-weite Rüstungsbürokratie und die Schaffung einer engeren »strukturierter Zusammenarbeit« der interventionsfähigen und -bereiten Mitgliedstaaten vorgesehen.

### **Was will DIE LINKE.?**

Die ESS muss einer zivilen außenpolitischen Konzeption weichen. Der bei den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheiterte Verfassungsvertrag darf nicht mit Tricks doch noch durchgesetzt werden. Stattdessen brauchen wir einen anderen, Frieden sichernden Verfassungsvertrag. Statt Aufrüstung wollen wir Abrüstung.

### **Was ist zu tun?**

Wir werden weiter gegen Militäreinsätze und Aufrüstung stimmen. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist der Kampf gegen den gescheiterten und für einen anderen Verfassungsvertrag im Bundestag und in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung fortzusetzen. Wir werden uns an den Aktionen anlässlich des Rates der Verteidigungsminister am 1. März 2007 in Wiesbaden beteiligen und mit einer internationalen Konferenz für einen anderen Verfassungsvertrag am 9. März 2007 eine breite Diskussion über die Zukunft der EU anstoßen.

## **2. Die Strukturen der EU und der Mitgliedstaaten entmilitarisieren!**

### **Worum geht es?**

Die Ausrichtung auf Militärinterventionen als zentrales Instrument der Außenpolitik der EU hat Konsequenzen im Inneren: ein Binnenmarkt für Rüstungsproduktion, eine Bürokratie zur wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Absicherung der Aufrüstung und die Schaffung zentraler militärischer Machtapparate. Demokratische Kontrollen durch

die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament (EP) werden zurückgedrängt, eine Hierarchisierung nach militärischer Stärke der Mitgliedstaaten zeichnet sich ab.

### **Was ist der aktuelle Stand?**

Seit dem Jahr 2000 hat die EU einen Militärausschuss (EUMC), bestehend aus den Generalstabschefs der Mitgliedstaaten bzw. ihren Vertretern, und einen Militärstab (EUMS) als Teil des Generalsekretariats des Rats mit den Aufgaben der Frühwarnung, der Lagebeurteilung und der strategischen Planung. Die Koordinierung und Vorbereitung von Entscheidungen liegt weitgehend beim Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) auf Bot-schafterebene, das wöchentlich oder häufiger tagt. Diese Appa-ratur entwickelt ein Eigenleben schon gegenüber den Regierungen der Mitgliedstaaten. Eine Kontrolle durch die nationalen Parla-mente ist kaum möglich, eine Kontrolle durch das EP nicht vorgesehen.

Obwohl der Verfassungsvertrag gescheitert ist, ist die in ihm vorgesehene »Verteidigungsagentur« 2004 gegründet worden und hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll vor allem die Aufrüs-tung und die Rüstungsforschung koordinieren. Die Förderung für Rüstungs- und Weltraumforschung ist heute schon doppelt so hoch wie die für erneuerbare Energien, obwohl allein durch diese und nicht durch militärische Interventionen wirkliche Energiesi-cherheit gewährleistet werden kann. Die Europäische Verteidi-gungsagentur hat weiterhin zum 1. Juli 2006 einen »Verhaltens-kodex« erlassen, durch den die Schaffung eines Binnenmarkts für Rüstungsgüter geregelt wird. Eine Stärkung der europäischen Rüstungskonzerne und deren Waffenexport sind die Folge. Im Verfassungsvertrag ist die Möglichkeit zur Bildung einer »strukturierten Zusammenarbeit« vorgesehen aus »Mitgliedstaa-ten, die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchst-ten Anforderungen untereinander weiter gehende Verpflichtungen eingegangen sind.« (I-41 Abs. 6 VVG) Diese könnten gegebenen-falls über Militäreinsätze allein entscheiden. Eine undemokra-tische Hierarchisierung der EU ist dann die Folge.

### **Was will DIE LINKE.?**

Mit der Entmilitarisierung und Abrüstung in der außenpolitischen Dimension muss zugleich die Militarisierung im Inneren von Staaten und supranationalen Einrichtungen, von Wirtschaft und Gesellschaft zurückgedrängt werden. Nur so können auch die Voraussetzungen für eine europäische Demokratie wiederherge-

stellt und gewahrt werden. Daran arbeiten wir innerhalb wie außerhalb des Deutschen Bundestags. Zentrale Aufgabe ist, das Inkrafttreten des gescheiterten Verfassungsvertrags zu verhindern.

### **Was ist zu tun?**

Das Ausmaß der Militarisierung der EU nach außen und innen wird in den vier anderen Bundestagsfraktionen (der ganz großen Koalition) kaum oder gar nicht thematisiert. Diese Problematik ist in der Bevölkerung weitgehend unbekannt. Es ist vordringliche Aufgabe, auf diese Fehlentwicklung und die in ihr liegenden Gefahren deutlich hinzuweisen. Das muss immer wieder in den Debatten des Bundestags über die Auslandseinsätze und über Aufrüstungsmaßnahmen, aber auch durch eigene Anträge und Anfragen geschehen. Vor allem kommt es aber darauf an, deutlich sichtbar in der Friedensbewegung gegen diese gefährliche Politik aufzustehen. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten.

### **3. Für einen Europäischen Zivilen Friedensdienst**

#### **Worum geht es?**

In vielen Ländern Europas haben sich Organisationen herausgebildet, die sich im Rahmen des zivilen Friedensdiensts (ZFD) um Konzepte für gewaltfreie Konfliktlösung bemühen und in Konfliktregionen präventive und zivile Friedensarbeit leisten. Träger/-innen des Zivilen Friedensdienstes aus unterschiedlichen europäischen Ländern vernetzen sich auch untereinander – so im European Network for Civil Peace Services (EP/CPS) und international im Netzwerk Nonviolent Peaceforce.

#### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Diese zivilen Alternativen erfahren zu wenig Unterstützung, während zu viele Mittel für den Ausbau der militärischen Kapazitäten der EU bereitgestellt werden<sup>[2]</sup>. Die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit droht zunehmend außenwirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen untergeordnet zu werden. DIE LINKE. kritisiert beispielsweise, dass die logistische Unterstützung des Militäreinsatzes der Afrikanischen Union in Sudan über die sog. Afrika-Fazilität aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanziert wird. Gemäß dem Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit werden militärisches und

---

[2] Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.: Zivil-militärische Zusammenarbeit (Drucksache 16/3385)

ziviles Engagement gefährlich vermischt. Eine unter der Federführung der Fraktion DIE LINKE. organisierte Anhörung im Deutschen Bundestag brachte zutage, dass beispielsweise in Afghanistan Entwicklungshelfer durch zu große Nähe zum Militär Gefahr laufen, selbst als Besatzer wahrgenommen und Ziel von Anschlägen zu werden.

### **Was will DIE LINKE.?**

DIE LINKE. fordert in allen Haushaltsdebatten, dass die Mittel für den ZFD in Deutschland substanziell aufgestockt werden: von derzeit 17 auf 29 Millionen Euro. Zusätzlich fordern wir die Einrichtung eines Zivilen Friedensdiensts im Rahmen der Europäischen Union<sup>[3]</sup> als Alternative zur Militarisierung der EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Wir sind überzeugt, dass eine solche Initiative die notwendige Vernetzung der Friedensarbeit auf europäischer Ebene unterstützen und ihr einen verbindlicheren und finanziell gesicherten Rahmen bieten könnte.

Ein Europäischer Ziviler Friedensdienst wäre auch ein Beitrag zur im Europäischen Entwicklungskonsens von 2005 eingeforderten Kohärenz in der internationalen Politik der EU und zur besseren Koordination in der Zusammenarbeit der EU mit Partnern im Süden.

### **Was ist zu tun?**

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung auf, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um eine Initiative für einen Zivilen Friedensdienst mit einem festen Pool an sozial abgesicherten Stellen im Rahmen der Europäischen Union auf den Weg zu bringen. Dabei soll darauf geachtet werden, dass der Aufbau des Europäischen Zivilen Friedensdiensts und seine künftige Arbeit in enger Zusammenarbeit mit bereits bestehenden europäischen Netzwerken erfolgt. Die Finanzierung des Europäischen Zivilen Friedensdienstes soll aus den Mitteln des EEF erfolgen. Zu diesem Zweck sollen innerhalb des EEF Mittel aus der Unterstützung militärischer Projekte für die Verwendung im Rahmen des Europäischen ZFD umgewidmet werden. Darüber hinaus soll eine an die Verwendung für die Finanzierung des Europäischen ZFD gebundene koordinierte Erhöhung der Zuweisungen der EU-Mitgliedstaaten an den EEF in angemessener Höhe vereinbart werden.

---

[3] Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Für einen Europäischen Zivilen Friedensdienst (Drucksache 16/3620)

# **IV. Energie-, Klima-, Umwelt- und Forschungspolitik sinnvoll und nachhaltig zum Erfolg führen**

## **1. Energiepolitik aus der fossil-atomaren Sackgasse führen**

### **Worum geht es?**

Angesichts knapper werdender Reserven von Öl und Gas sowie der Klimaschutzanforderungen ist die gegenwärtige Struktur des Energiesektors nicht zukunftsfähig. Die Liberalisierung der europäischen Energiemärkte seit Ende der 1990er Jahre hat weder zu mehr Wettbewerb noch zu sinkenden Preisen geführt, sondern zu einer weiteren Monopolisierung der Märkte. Nach kurzzeitigen Energiepreissenkungen sind die Verbraucherinnen und Verbraucher mit rasanten Preissteigerungen konfrontiert. Das gesteigerte Krisenpotenzial durch knapper werdende fossile Rohstoffe lässt militärische Einsätze zur Sicherung von Energielieferungen wahrscheinlicher werden.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

In ihrem »Grünbuch Energie« empfiehlt die EU-Kommission eine »transparente und objektive Debatte« über die künftige Bedeutung der Atomtechnologie. In der Folge beschloss der Rat der Europäischen Union im Juli 2006 die Verdopplung der Mittel für die Atomforschung auf 2,751 Mrd. Euro. Dieser Etat liegt um das Zweieinhalbfache über dem für die Zukunftstechnologien im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Das Europäische Parlament verfügt, wie im gesamten Bereich des EURATOM-Vertrags, über keinerlei Mitentscheidungsrecht. 20 Jahre nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl setzt die EU auf Atomenergie zur Energieerzeugung. Auf dem Frühjahrsgipfel 2007 wird die Europäische Kommission einen Aktionsplan Energie beschließen.

### **Was will DIE LINKE.?**

Wir fordern die Bundesregierung auf, anlässlich des Frühjahrsgipfels einen Vorschlag zu erarbeiten, der die energiepolitischen Herausforderungen der Zukunft aufgreift. Im Bereich Energieeinsparung und -effizienz sowie erneuerbare Energien muss die EU ihre Bemühungen deutlich verstärken. Nur eine in diesem Sinne nachhaltige Energiepolitik mindert die Importabhängigkeit Europas und stärkt die Stabilität der europäischen Energieversor-



gung. Erneuerbare Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz sowie der Aufbau lokaler und regionaler Energieversorgung müssen auch in der Entwicklungszusammenarbeit der EU einen größeren Stellenwert erlangen. Die Bundesregierung soll auf einen EU-weiten Ausstieg aus der Atomenergie hinwirken. Atomenergie ist aufgrund der unbeherrschbaren Risiken beim Betrieb, der ungeklärten Entsorgungsfrage und des möglichen Missbrauchs für kriegerische Zwecke keine Option.

### **Was ist zu tun?**

Die Förderung und Privilegierung der Atomenergienutzung in der Union ist umgehend zu beenden. Die finanzielle und sonstige Begünstigung von Atomkraftwerksbauten in Mittel- und Osteuropa ist einzustellen. Die Aufgaben der EU im Atombereich müssen auf die Sicherheitsüberwachung der bestehenden Atomanlagen und die Verhinderung der Weiterverbreitung atomarer Stoffe beschränkt werden. Entwicklungskredite durch die Weltbank oder andere multilaterale Institutionen zur Atomtechnologieförderung sollen nicht weiter gewährt werden. Der EURATOM-Vertrag soll analog dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl endgültig auslaufen. Der angekündigte Vertrag zur Gründung einer europaweiten Energiegemeinschaft, einer neuen Energiepartnerschaft mit Russland und weiterer Energiepartnerschaften darf weder auf die einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der Partnerländer noch auf Eingriffe in ihre Souveränität orientieren.

## **2. Klares Signal für »Kyoto II«-Verhandlungen – Klimawandel aufhalten**

### **Worum geht es?**

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit im 21. Jahrhundert. Neue wissenschaftliche Studien belegen: Die globale Erwärmung schreitet schneller voran als erwartet. Neben der Zunahme extremer Wetterereignisse wie Stürme und Hitzewellen ist es insbesondere der schleichende Wandel der klimatischen Verhältnisse, der nach und nach Lebensräume in vielen Regionen der Welt unwirtlich macht. Es sind vor allem ärmere Bevölkerungsgruppen, die betroffen sein werden, da ihnen die Mittel fehlen, sich dem Wandel anzupassen. Das »Stern-Gutachten« im Auftrag der britischen Regierung hat auch aus volkswirtschaftlicher Sicht bestätigt: Die durch den Klimawandel verursachten Kosten des Nichthandelns überwiegen bei weitem die Aufwendungen für einen ambitionierten vorbeugenden Klimaschutz.

## **Wie ist der aktuelle Stand?**

Im krassen Gegensatz zu den klimapolitischen Erfordernissen steigen die Emissionen von Treibhausgasen weltweit an. Das im Februar 2005 in Kraft getretene Kyoto-Protokoll ist ein erster kleiner Schritt im internationalen Klimaschutz. Es sieht für den Zeitraum 2008 bis 2012 verbindliche Minderungsziele für den Ausstoß von Treibhausgasen in Industrieländern vor. In vielen EU-Staaten steigen die Emissionen ungeachtet dessen weiter an. Die Ausgestaltung des Emissionshandels als zentrales Klimaschutzinstrument auf EU-Ebene trägt bisher kaum zur Einhaltung der Kyoto-Ziele bei. Auf der UN-Klimakonferenz in Montreal Ende 2005 haben die Verhandlungen um die Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls für die Zeit nach 2012 (»Kyoto II«) begonnen. Im vergangenen Jahr wurden kaum Fortschritte erzielt, da ein Vorreiter in den Verhandlungen fehlte. Die EU beansprucht diese Rolle für sich, hat aber bislang nicht einmal ein über das Jahr 2012 hinausgehendes Minderungsziel beschlossen. Auf dem Frühjahrsgipfel im März 2005 wurde lediglich eine unverbindliche und unzureichende Reduzierung der Treibhausgasemissionen aus allen Industrieländern bis 2020 um 15 bis 30 Prozent empfohlen.

## **Was will DIE LINKE.?**

Die EU muss ein klares Signal an den internationalen Verhandlungsprozess senden. Nur so kann sie eine glaubhafte Vorreiterrolle in den »Kyoto II«-Verhandlungen übernehmen. Die Bundesregierung soll die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft daher nutzen, auf eine Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten hinzuwirken, ihre Emissionen um 30 Prozent bis zum Jahr 2020 zu reduzieren. Um die Verhandlungen auf EU-Ebene positiv zu beeinflussen, fordern wir die Bundesregierung auf, sich zu einer Minderung des Treibhausgasausstoßes um 40 Prozent bis 2020 zu bekennen. Dieses Minderungsziel würde dem im EU-Vergleich immer noch überdurchschnittlich hohen deutschen Pro-Kopf-Emissionen Rechnung tragen. Ein 30-Prozent-Ziel der EU hätte eine große Symbolwirkung auf andere Länder, sich mehr als bisher in die Verhandlungen um die Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls einzubringen. Auf dieser Basis können die »Kyoto II«-Verhandlungen mit den entsprechenden Minderungspflichten für Industrieländer bis spätestens 2009 abgeschlossen werden.

## Was ist zu tun?

Zur Umsetzung dieser Klimaschutzziele muss der Emissionshandel grundlegend überarbeitet werden. Bei der anstehenden Überprüfung der EU-Emissionshandelsrichtlinie muss die Versteigerung der Emissionszertifikate als Zuteilungsmethode festgeschrieben werden. Darüber hinaus ist die Richtlinie um konkretere Anforderungen zur Festlegung der Emissionsobergrenzen der Mitgliedstaaten zu ergänzen.



*Die Folgen des Klimawandels werden dramatischer sein als noch vor einigen Jahren erwartet. Der Chefwissenschaftler der britischen Regierung, Sir David King, sieht daher im Klimawandel »das größte Problem, dem wir heutzutage gegenüberstehen – größer noch als das des Terrorismus«.*

## 3. Für nachhaltigen Schutz der Meeresumwelt

### Worum geht es?

Die Meere sind nicht nur in Europa großen Belastungen ausgesetzt. Die biologische Vielfalt der Meere nimmt ab. Meereslebensräume werden durch menschliche Einflüsse zerstört, beeinträchtigt und gestört. Hauptursachen sind Überfischung sowie organische und chemische Verschmutzungen. Darüber hinaus droht durch den rasanten Anstieg des CO<sub>2</sub>-Gehalts in der Atmosphäre eine Versauerung der Weltmeere und dadurch ein Absterben kalkhaltiger Organismen wie Korallen und Schalentiere.

## **Wie ist der aktuelle Stand?**

Die Europäische Kommission hat einen Richtlinienvorschlag zum Schutz der Meere (Meeresstrategie-Richtlinie) und das Grünbuch für eine Europäische Meerespolitik (KOM(2006) 275) vorgelegt. Zentrales Ziel der Meeresstrategie-Richtlinie ist das Erreichen eines »guten Umweltzustandes« in den europäischen Meeren bis 2021. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen bei der Bundesregierung (SRU) und Umweltorganisationen wie Greenpeace haben diese Zielsetzung begrüßt, üben jedoch gleichzeitig scharfe Kritik. Die EU-Strategie lässt einen integralen, alle Verursacher umfassenden wirkungsvollen Ansatz vermissen. Mit dem Richtlinienvorschlag wird die Verantwortung für die Lösung der komplexen Meeresumweltprobleme weitgehend renationalisiert, also in die Verantwortung der einzelnen Mitgliedsländer gelegt. Forderungen der Umweltverbände, in den europäischen Meeren großflächige Meeresschutzgebiete zu schaffen, die von menschlicher Nutzung weitgehend ausgeschlossen sind, wurden weder in der Meeresschutzstrategie noch im Richtlinienvorschlag aufgegriffen. Nach der 1. Lesung im Europaparlament am 18. Dezember 2006 kam es nur zu einer »Politischen Einigung«. Zuvor hatten jeweils Parlament und Umweltministerrat der EU in weitgehend parallelen Verfahren den Kommissionsvorschlag verändert. Dabei wurde der Umweltschutzgedanke vom Europäischen Parlament deutlich verstärkt und vom Umweltministerrat abgeschwächt. Auf Grundlage der Politischen Einigung wird der Richtlinienentwurf voraussichtlich gegen Ende der deutschen Präsidentschaft im Sommer 2007 oder zu Beginn der nachfolgenden portugiesischen Präsidentschaft noch einmal beraten. Die Suche nach politischen Kompromissen dauert an.

## **Was will DIE LINKE.?**

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für eine wirkungsvolle Meeresschutzpolitik in der laufenden Diskussion zur EU-Meeresstrategie und in der Konsultation zum EU-Grünbuch, die im Juni 2007 endet, einzusetzen. Die Bundesregierung muss während der deutschen Ratspräsidentschaft nachdrücklich darauf drängen, dass Meere nicht länger vorrangig als Wirtschaftsraum verstanden werden, sondern primär als überlebenswichtiges Ökosystem. Einer Renationalisierung der EU-Meerespolitik ist entgegenzutreten.



## **Was ist zu tun?**

Wir fordern ein EU-weites Schutzkonzept, das deutlich stärker als im Kommissionsentwurf angelegt ist und die Sektoren Fischerei, Landwirtschaft und Seeschifffahrt in Verantwortung nimmt. Das überarbeitete Konzept muss klare Zielvorgaben und Maßnahmenprogramme inklusive eines ambitionierten und verbindlichen Zeitplans enthalten. Zudem sind die bislang fehlenden Verknüpfungen der europäischen Handlungsebenen mit den internationalen Konventionen zum Schutz der Meere herzustellen. In der Richtlinie ist die Ausweisung großflächiger Meeresschutzgebiete in Europa zu verankern.

## **4. Qualitative Leitlinien für die Forschungsförderung der EU**

### **Worum geht es?**

Ziel der EU-Forschungspolitik ist es, Europa zu einem wissensbasierten wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum zu machen. Maßgeblicher Orientierungspunkt ist das Lissabon-Ziel, die Investitionen der Mitgliedstaaten für Forschung und Entwicklung von derzeit zwei Prozent auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2010 zu erhöhen. Die Forschungsstrategie wird durch das 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP) abgesteckt, das mit einem Gesamtbudget von 51 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2007 bis 2013 ausgestattet wird. Fehlende qualitative Leitbilder der Forschungsförderung führen zu einer einseitigen Ausrichtung auf Informations- und Kommunikations-, Nano-, Werkstoff- und Produktionstechnologien sowie Weltraumforschung. Themenorientierte multi- und interdisziplinäre Forschung, die konzeptionell soziale und ökologische Belange unterstützt, gerät in den Hintergrund. Die Lissabon-Dimension der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit bleibt auch im Forschungsbereich ein Lippenbekenntnis.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Das 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP) läuft Anfang 2007 an. Erstmals soll Grundlagenforschung im großen Maßstab gefördert werden. Der Europäische Forschungsrat wird dafür im Frühjahr 2007 als reine Wissenschaftsorganisation seine Arbeit aufnehmen und insgesamt 7,5 Mrd. Euro erhalten. Noch im Entwurfsstadium befindet sich das Europäische Technologieinstitut, das die europäische Exzellenz unterstützen soll und mit 2,4 Mrd. Euro gefördert wird. Die Abgrenzung beider Institutionen ist jedoch unklar.

Bei der Projektförderung soll besonders die Zusammenarbeit mit Unternehmen verstärkt werden, aber nur 15 Prozent der Mittel sollen an Klein- und Mittelständler gehen. Von der Budgeterhöhung für das 7. FRP profitieren Hochtechnologien und die Optimierung technischer Verfahren. Die eingeforderte produktorientierte Ausrichtung von Forschung engt mittelfristig die Forschungsfreiheit und langfristig den Horizont der auf solchen Ergebnissen aufbauenden Politik ein. In der neuen Sicherheitsforschung soll die Trennung von ziviler und militärischer Forschung zunehmend aufgehoben werden.

### **Was will DIE LINKE.?**

Die deutsche Ratspräsidentschaft muss sich bei der Durchführung des Rahmenprogramms für die Durchsetzung überprüfbarer, qualitativer Leitziele einsetzen. DIE LINKE. lehnt die Enttabuisierung der Trennung von ziviler und militärischer Forschung sowie die Reduzierung von Verbrechensbekämpfung auf technologische Abwehr, die das neue Sicherheitsforschungsprogramm beinhaltet, klar ab. Gerade in sensiblen Forschungsbereichen darf die private Verwertung von Forschungsergebnissen nicht als gleichrangig neben die wissenschaftliche Entwicklung von Problemlösungsansätzen gesetzt werden. Die nachhaltige, themenorientierte, interdisziplinäre Forschung zur Bewältigung von sozialen und ökologischen Problemen muss stärker gefördert werden.

### **Was ist zu tun?**

Bei neuen Technologien ohne vorliegende Risikoabschätzung, z. B. Nanotechnologien, sollen Vorab-Szenarien zur Folgenabschätzung aufgelegt und bei der Begleitforschung Anreize zur angemessenen Beteiligung der Wirtschaft geschaffen werden. Der Dialog mit Vertretern der Zivilgesellschaft muss transparent gestaltet werden, um bei der Entwicklung und Verbreitung von Technologien die Verbraucherschutzinteressen und die Einhaltung von Bürgerrechten zu stärken. Die erneuerbaren Energien sind zu einem Forschungsschwerpunkt zu erklären. Von einer Wiederbelebung der Kern- und Fusionsenergie ist abzusehen. Statt der Schaffung des Europäischen Technologieinstituts sollte der Europäische Forschungsrat angemessen unterstützt werden.

## **5. Menschen sind wichtiger als Patente**

### **Worum geht es?**

Ein Schwerpunkt der deutschen EU-Rats- und G8-Präsidentschaft ist der Schutz geistigen Eigentums und die Verhinderung von Produktpiraterie zur Sicherung der europäischen Wirtschaft. Dazu will die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Präsidentschaft handelspolitische Instrumente zur Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte prüfen und beim Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen, u. a. mit China, die Rechtssicherheit beim Schutz geistigen Eigentums verbessern. Zudem soll eine Charta zum Umgang mit geistigem Eigentum an universitären und öffentlichen Einrichtungen vorlegt werden, die zum Ziel hat, die Forschung besser in die wirtschaftliche Verwertungskette einzugliedern.

Auf den ersten Blick erscheint dies unproblematisch. Wer wollte etwas dagegen haben, dass ein Produkt eines mittelständischen europäischen Unternehmens, das in jahrelanger Arbeit entwickelt wurde, vor Billigkopien, zum Beispiel aus China, geschützt wird? Doch die Bestrebungen der Staaten mit hochentwickelter kapitalistischer Produktion gehen darüber hinaus.

Mit multilateralen Abkommen wie TRIPs (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum), das Urheberrecht, Markenrecht und Patente international regelt, werden die Weichen zugunsten multinational agierender Konzerne und damit meist der reichen Industrienationen gestellt. Vor allem im Bereich Ernährung und medizinische Versorgung sind die Bevölkerungen des Südens, mit zunehmender Globalisierung auch die des Nordens die Leidtragenden.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Die TRIPs-Patentregeln führen in den Ländern des Südens dazu, dass die patentierten Arzneimittel der Konzerne zum Beispiel für HIV und Aids unerschwinglich sind und damit jährlich knapp 3 Millionen Menschen zum Tode verurteilt werden. Gleichzeitig nutzt die Industrie die TRIPs-Regeln, um die Naturreichtümer des Südens auszubeuten. So werden lokale Heil- und Nutzpflanzen patentiert, um der heimischen Bevölkerung die Nutzung zu untersagen und Lizenzgebühren von ihr zu verlangen. Imperialismus via Patent. Auch die Bevölkerung im Norden ist betroffen: Das Europäische Patentamt erlaubte 2001 der US-Firma Myriad Patente auf Brustkrebsgene. Bereits auf dem Markt vorhandene günstige Brustkrebstests waren damit verboten; allein massive

Proteste führten zum Teilwiderruf. Und auch die deutsche Patentgesetzgebung führt dazu, dass innovative Medikamente viel zu spät bei Patienten ankommen.

### **Was will DIE LINKE.?**

Wir brauchen ein Forschungs- und Handelssystem, das Wissen und Gesundheit über den Profit stellt und das für den zivilisatorischen Fortschritt der Gesellschaften relevante Innovationen und Medikamente für alle erschwinglich macht. Patente dürfen nicht den Menschenrechten auf Entwicklung und Leben entgegenstehen.

### **Was ist zu tun?**

Die deutsche Ratspräsidentschaft muss sich für eine Änderung des TRIPs-Abkommen einsetzen mit dem Ziel, lebenswichtige Medikamente für den Süden erschwinglich zu machen und die Privatisierung von Nutz- und Heilpflanzen durch Patente zu unterbinden. Eine neue europäische Patentgesetzgebung der Europäischen Union darf Patente auf Lebewesen und deren Gene nicht erlauben. Ergebnisse öffentlicher Forschung an den Universitäten müssen für die Gesellschaft gut zugänglich und Lizenzvereinbarungen für Patente im Universitätsbesitz sozialverträglich gestaltet werden. Die Non-Profit-Forschung im Arzneimittelsektor ist zu fördern.

#### *Petition für den Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten*

*»Millionen von Menschen weltweit sind auf erschwingliche Medikamente aus Indien angewiesen. Das indische Patentrecht stellt Menschenleben über Patente. Doch das Pharmaunternehmen NOVARTIS versucht dies durch eine Klage zu ändern. Weder NOVARTIS noch irgendeine andere Firma darf dem Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten im Wege stehen. Wir fordern NOVARTIS auf, die Klage gegen das indische Patentrecht fallen zu lassen.« Diese Petition für den Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten kann man auf der Internetseite [www.aerzte-ohne-grenzen.de](http://www.aerzte-ohne-grenzen.de) unterschreiben. Verschiedene kritische Nichtregierungs- und Hilfsorganisationen kämpfen seit Jahren für eine Forschung, die allen Menschen nützt und ihnen zugute kommt. Informationen dazu finden Sie auch bei der BUKO Pharma-Kampagne unter [www.bukopharma.de](http://www.bukopharma.de).*

# V. Europäische Jugend- und Gleichstellungspolitik demokratisch und sozial gestalten

## 1. Demokratische Jugendpolitik

### Worum geht es?

In der Jugendpolitik übernimmt die EU nur eine koordinierende Funktion. Jugendpolitik, d. h. Jugendprojekte, Betreuung, Bildung, Austausch, fällt in den Kompetenzbereich der Nationalstaaten. Seit 2000 fasst das Aktionsprogramm »Jugend« die bestehenden Maßnahmen der europäischen Jugendpolitik zusammen. Ab 2007 wird die Jugendarbeit durch die Initiative »Jugend in Aktion« gefördert. Wie groß die Bedeutung von europäischer Jugendpolitik ist, zeigt sich an den erschreckenden Statistiken. Seit mehreren Jahren ist in Europa jeder 5. Jugendliche arbeitslos, in Deutschland liegt die Arbeitslosenrate der unter 25-Jährigen gegenwärtig bei 15 Prozent. 19 Prozent der Jugendlichen in Europa leben im Armutsrisiko.

### Wie ist der aktuelle Stand?

Die Zukunft des europäischen Projekts hängt davon ab, ob die Akzeptanz Jugendlicher für die europäischen Ziele und Institutionen deutlich steigt. Stattdessen zeigen sich auch bei der Jugend Anzeichen einer Europamüdigkeit. Die Wahlbeteiligung unter Jugendlichen lag bei den Europawahlen 2004 deutlich unter der Gesamtwahlbeteiligung. Bei den Referenden über die EU-Verfassung sagten Jugendliche öfter »Nein« als andere Teile der Bevölkerung. Jugendliche nehmen die Zumutungen einer marktradikalen Politik der Deregulierung ganz konkret als Bedrohung der eigenen Zukunft wahr. Die Möglichkeiten der eigenen Einflussnahme sind so unterentwickelt, dass sie von einer übergroßen Mehrheit der Jugendlichen in allen Ländern Europas kaum genutzt werden. Wer sich mit der eigenen Ausbildung, den selbst-erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen sowie dem eigenen Engagement ungefragt in einer europaweiten Konkurrenz behaupten soll, fragt sich mit Recht, welche sozialen Standards und Schutzrechte Europa im Interesse der Bevölkerungsmehrheit bereithält. Fakt ist, Jugendarmut und -arbeitslosigkeit, und die Reduzierung von Angeboten der Jugendarbeit ist europaweit Realität. Gerade Jugendliche erwarten ein soziales und gerechtes Europa, das ihre Lebenssituation verbessert.



## **Was will DIE LINKE.?**

Die Jugend muss im Zentrum einer nachhaltigen Europapolitik stehen. Wir fordern, einen Kurswechsel im Interesse der europäischen Kinder und Jugendlichen einzuleiten. Das soziale Europa muss zu einem Projekt der europäischen Jugend werden.

## **Was ist zu tun?**

Die Ankündigung der Kommission, die Stärkung der Kinderrechte in den Mitgliedsländern zu einer Querschnittsaufgabe zu machen, muss in konkrete Vorhaben umgesetzt werden. Der europaweite Kampf gegen die Kinderarmut muss im Jahr 2007 einen Spitzenplatz auf der sozialpolitischen Agenda der Europäischen Union erhalten.

Der »Europäische Pakt für die Jugend« ist so umzugestalten und weiterzuentwickeln, dass er den jugendlichen Anforderungen an ein soziales und gerechtes Europa entspricht. Dazu zählt eine Ausweitung der sozialen Mindeststandards und Schutzrechte für die Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher. Das Programm »JUGEND in Aktion« muss schwerpunktmäßig so ausgestaltet und ausgeweitet werden. Statt der bisherigen Pseudopartizipation im Rahmen von Jugendevents fordern wir eine echte Beteiligung Jugendlicher an den sie betreffenden Entscheidungen.

Die mit dem Weißbuch-Prozess in der Jugendpolitik eingeführte Offene Methode der Koordinierung (OMK) ist grundlegend umzugestalten.

## **2. Für eine gerechte Frauen- und Gleichstellungspolitik**

### **Worum geht es?**

Die Europäische Union hat sich zur Aufgabe gemacht, bei allen Maßnahmen diskriminierende Ungleichbehandlungen zwischen Frauen und Männern zu beseitigen und die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. Dieses Ziel wird in den Mitgliedstaaten teilweise nur zögerlich, unvollständig und unter Widerständen verfolgt. Die tatsächliche Verwirklichung gleicher Lebensbedingungen für Frauen und Männer ist noch in weiter Ferne. Um daran zu erinnern, hat die EU 2007 zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit erklärt.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Nach wie vor gibt es dringenden gleichstellungspolitischen Handlungsbedarf in der Europäischen Union. Besonders deutlich wird dies an der alarmierenden Lohndiskriminierung von Frauen. Im Durchschnitt verdienen Frauen pro Arbeitsstunde 15 Prozent

weniger als Männer. Das durchschnittliche Einkommen von Frauen in Deutschland liegt mindestens 20 Prozent unter dem von Männern. Damit nimmt Deutschland den drittletzten Rang unter den EU-Staaten im Hinblick auf die Angleichung der Einkommen von Frauen und Männern ein.

### **Was will DIE LINKE.?**

DIE LINKE. fordert die Bundesregierung auf, der Tatsache gerecht zu werden, dass ihre EU-Ratspräsidentschaft zugleich mit dem Europäischen Jahr der Chancengleichheit beginnt. Dies muss ein Anlass sein, die Initiative für die Weiterentwicklung der europäischen Frauen- und Gleichstellungspolitik zu ergreifen. Die europäische Gleichstellungspolitik fokussiert Erwerbsintegration von Frauen. Dieses wichtige Anliegen muss durch die Verwirklichung sozialer Rechte flankiert werden.

### **Was ist zu tun?**

Wirksame Strategien zur Beseitigung der Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern müssen entwickelt werden. Mit Blick auf den Niedriglohnsektor, in dem überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten, ist europaweit die Einführung existenzsichernder, gesetzlicher Mindestlöhne anzustreben. Wir fordern Impulse für eine qualitative Beschäftigungspolitik. Dabei muss die Verteilung unbezahlter Arbeit thematisiert werden. Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben sollte auf nationaler Ebene mittels eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft sowie durch die Einführung einer bedarfsdeckenden und elternbeitragsfreien Kinderbetreuung gefördert werden. Die Bundesregierung sollte sich für eine systematische Überprüfung des EU- Haushalts unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten und eine geschlechtergerechte Verteilung der Ressourcen einsetzen. Die Bundesregierung sollte die EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um die Evaluation der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien voranzutreiben und Verbesserungen bei der Umsetzung in nationales Recht anzumahnen. Um eine Grundlage hierfür zu schaffen, sollte Deutschland den Widerstand gegen das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen aufgeben und dessen zügige Einrichtung vorantreiben.



# VI. Verlässliche Erweiterung und gleichberechtigte Nachbarschaft

## 1. Verlässliche Erweiterung der EU

### Worum geht es?

Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum 1. Januar 2007 wurde die fünfte Erweiterung der EU abgeschlossen, nachdem am 1. Mai 2004 bereits zehn Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa sowie Malta und Zypern beigetreten waren. Diese Entwicklung hatte erhebliche Folgen in den alten wie neuen Mitgliedstaaten. Unsicherheit und Armut breiten sich aus – der Reichtum der Reichen wächst. Innerhalb der EU nehmen die Ungleichgewichte massiv zu. Die Situation der neuen Mitgliedstaaten ist durch einen gesamtwirtschaftlichen Aufholprozess ohne soziale Fortschritte gekennzeichnet.

### Wie ist der aktuelle Stand?

Seit November 2005 stützt die Europäische Kommission ihre Erweiterungspolitik auf eine neue Strategie, die auf Konsolidierung, Konditionalität und Kommunikation ausgerichtet ist. Die derzeitige Erweiterungsagenda umfasst den westlichen Balkan und die Türkei. Diese Länder sind unterschiedlich weit auf ihrem Weg in die EU. Weitere Beitritte in die EU werden voraussichtlich erst mittel- bis langfristig erfolgen. Dass eine größere Zahl von Ländern gleichzeitig beitreten wird, ist unwahrscheinlich. Die Türkei und Kroatien haben im Oktober 2005 konkrete Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Wie alle Beitrittskandidaten auch, muss die Türkei in den nächsten Jahren den rechtlichen Besitzstand der EU komplett übernehmen und die Kopenhagener Kriterien in vollem Umfang erfüllen. Aufgrund der Zypernproblematik sind 8 Kapitel von 35 Verhandlungskapiteln ausgesetzt worden. Die Türkei weigert sich, das Ankara-Zusatzprotokoll zu ratifizieren und somit ihre Häfen und Flughäfen der Republik Zypern zu öffnen. Die Türkei besteht darauf, dass die EU gleichzeitig ihren Zusicherungen gegenüber Nordzypern nachkommt. Die Kommission hatte in ihrer Erklärung vom 24. April 2004 zugesichert, die Isolation des türkischen Teils Zyperns durch die Aufnahme direkter Handelsbeziehungen zu beenden.

## **Was will die LINKE?**

Wir fordern eine politisch faire Aufnahmepolitik, die eine gleichberechtigte Partnerschaft anstrebt. Eingegangene Verträge sind einzuhalten und nicht nach dem jeweiligen innenpolitischen Kalkül oder aus populistischen Gründen infrage zu stellen. In der Türkei-Debatte kann es nicht mehr darum gehen, ob die Türkei grundsätzlich der EU beitreten darf oder nicht, sondern um die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien vonseiten der Türkei und die Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen vonseiten der Europäischen Union. Die Erfüllung von Sonderauflagen und die Aufnahme-fähigkeit der Union dürfen nicht zur Vorbedingung für den weiteren Fortgang des Türkei-Beitrittsprozesses gemacht werden. Die Türkei hat die noch notwendigen Reformmaßnahmen zügig einzuleiten und deren vollständige Umsetzung zu gewährleisten. Im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte und der freien Meinungsäußerung dürfen keinerlei Einschränkungen hingenommen werden.

## **Was ist tun?**

Um den dauerhaften Zusammenhalt in der EU nicht zu gefährden, müssen bis 2013 wirtschaftspolitische Mechanismen und finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden, die den Aufholprozess wirtschaftlich schwächerer Staaten in der EU ermöglichen. Sind die Bedingungen für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt geschaffen, ist auch die Aufnahme-fähigkeit der EU für den Türkei-Beitritt gegeben. Nur so kann die EU-Bevölkerung weitere Beitritte akzeptieren. Die Gleichbehandlung der Türkei mit anderen EU-Beitrittsländern als Bestandteil der Verhandlungen muss Gegenstand der deutschen Bemühungen sein. Menschenrechtsorganisationen und andere NGO im Land sollten gestärkt werden, um den Demokratisierungsprozess zu unterstützen.

## **2. Nachbarn nicht zu Vasallen machen – Nachbarschaft auf der Basis von Gleichberechtigung und Solidarität pflegen**

### **Worum es geht?**

»Die deutsche Präsidentschaft wird die Initiative ergreifen und konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Nachbarschaftspolitik vorlegen.« Diese Ankündigung der Bundesregierung in ihrem Präsidentschaftsprogramm signalisiert, dass die weitere Expansion des Einflussbereichs der EU nicht mehr durch Erweiterung, sondern durch den Ausbau der Nachbarschaftspolitik

erfolgen soll. Wie diese Politik gestaltet wird, ist unter zwei Gesichtspunkten von großer Bedeutung: Zum einen geht es um die Bereiche, auf die Einfluss ausgeübt werden soll, zum anderen geht es um die Qualität der Beziehungen zwischen der EU und den jeweiligen Nachbarn.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU scheint sich die Beitrittsperspektive auf die Länder des westlichen Balkans und die Türkei zu reduzieren. Weitergehende Erweiterungsschritte werden fast einhellig ausgeschlossen. Für andere Länder sieht die EU die Perspektive einer Partnerschaft im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik vor, die einen Beitritt auch für die Zukunft ausschließt.

Die Konzeption der Nachbarschaftspolitik ist deutlich als Teil der »Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS)« formuliert: »Es liegt im Interesse Europas, dass die angrenzenden Länder verantwortungsvoll regiert werden. ... Wir müssen darauf hinarbeiten, dass östlich der EU und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoller Staaten entsteht, mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können.« Die Europäische Kommission schlägt in einer Mitteilung vom Juni 2004 vor, auch die Länder des südlichen Kaukasus in die Europäische Nachbarschaftspolitik einzubeziehen. Im Zusammenhang mit den unmittelbar benachbarten Staaten formuliert schließlich das Präsidenschaftsprogramm der Bundesregierung: »Die Präsidentschaft wird besonderes Augenmerk auf die strategisch bedeutsame zentralasiatische Region richten.« Das zeigt, dass es bei dieser »neuen Ostpolitik« nicht nur um räumliche Nähe, sondern vor allem um die Energieinteressen geht.

Neben der Aussicht auf Teilnahme an den vier Grundfreiheiten (Arbeitnehmerfreizügigkeit, Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit) sollen die Partner der Nachbarschaftspolitik auch die Perspektive erhalten, an anderen gemeinschaftlichen Politiken der EU teilzunehmen. Voraussetzung ist jedoch, dass die Partnerländer ihre Märkte für die Länder der EU öffnen und ihre staatlichen Strukturen nach den Vorstellungen der EU gestalten. Ein Stimm- oder Mitentscheidungsrecht im Rahmen der EU erhalten die Partnerschaftsländer nicht.

### **Was will DIE LINKE.?**

In der Konzeption der Europäischen Nachbarschaftspolitik sieht DIE LINKE. die Gefahr der Bevormundung und Unterordnung anderer Länder, die sich angleichen, aber nicht mitentscheiden

dürfen. Auch lässt die Koppelung an Energieversorgungsinteressen im Bereich des Südkaukasus und Zentralasiens sowie die Dominanz der USA im Nahen Osten konfliktrichtige Konkurrenzsituationen mit anderen Mächten befürchten. DIE LINKE lehnt eine Politik der hegemonialen Begründung von Einflusszonen und der Schaffung eines Rings von Vasallenstaaten ab, stattdessen tritt sie für eine gleichberechtigte Partnerschaft ein. Die Adressatenländer sollen vielmehr mit der EU kooperieren und gemeinschaftliche Verhandlungen führen.

### **Was ist zu tun?**

Der Charakter der Nachbarschaftspolitik als Politik imperialer Einflussnahme wird öffentlich kaum zur Kenntnis genommen. Assoziations- und Partnerschaftsabkommen sowie die Debatten über verschiedene Aktionspläne, die Nachbarstaaten betreffend, müssen transparent gemacht werden. Die Nachbarschaftspolitik ist zu einem wichtigen Gegenstand der Aktivitäten im Rahmen der Ratspräsidentschaft und darüber hinaus der Auseinandersetzungen über einen EU-Verfassungsvertrag zu machen.

# VII. Solidarische Außenbeziehungen

## 1. Konsequenz aus dem Wiener EU-Lateinamerika-Gipfel: Für neue solidarische Beziehungen

### Worum geht es?

Auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel im Mai 2006 in Wien hatten die Ambitionen der EU-Kommission, eine europäisch-lateinamerikanische Freihandelszone zu schaffen, einen Rückschlag erlitten. Dies ist im Sinne der Kleinbauern und anderer Produzent/-innen Lateinamerikas zu begrüßen. Sie wären im Falle des Zustandekommens von Freihandelsabkommen einer übermächtigen Konkurrenz durch Importe europäischer Konzerne ausgesetzt worden. Die politischen Kräfteverhältnisse in Lateinamerika haben sich nach Jahrzehnten neoliberaler Dominanz verändert: Neue linke Regierungen streben, getragen von einer breiten Mobilisierung in der Bevölkerung, sozialen Ausgleich an – durch mehr regionale Integration und eine stärker auf die Binnenwirtschaft und breitere Teilhabe orientierte Wirtschaftspolitik. Die Ernährungsprogramme in Brasilien, die Misiones im Bildungs- und Gesundheitsbereich in Venezuela, die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen in Bolivien sind Beispiele dafür. Zugleich werden Alternativen für solidarische Handelsbeziehungen entwickelt (z. B. ALBA), die nicht auf Wettbewerb, sondern auf gegenseitige Ergänzung orientiert sind.

### Wie ist der aktuelle Stand?

Die EU und die Bundesregierung streben ungeachtet dessen für 2007 weiterhin an, mit den Staaten des Gemeinsamen Südamerikanischen Marktes (Mercosur) ein Freihandelsabkommen abzuschließen und mit weiteren lateinamerikanischen Staatengruppen Verhandlungen zu solchen Abkommen aufzunehmen. Damit untergraben sie die Integrationsbemühungen und sozialen Fortschritte in Lateinamerika.

### Was will DIE LINKE.?

Die EU muss den gegenwärtigen Prozess der regionalen Neuordnung Lateinamerikas respektieren und daraus Konsequenzen in ihrer Lateinamerika-Politik ziehen<sup>[4]</sup>. Die lateinamerikanische

---

[4] Anträge der Fraktion DIE LINKE.: Nach dem Wiener Gipfel – die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika solidarisch gestalten (Drucksache 16/2602), Die Beziehungen zwischen EU und Lateinamerika solidarisch gestalten – Kein Freihandelsabkommen EU – Mercosur (Drucksache 16/1126)

Integration zu einer regionalen Gemeinschaft darf nicht durch bilaterale Assoziierungsabkommen mit der EU torpediert werden.

### **Was ist zu tun?**

Es darf in den Verhandlungen kein Druck in Richtung Liberalisierung und Privatisierung in der Daseinsvorsorge aufgebaut werden<sup>[5]</sup>. Soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Standards müssen stets Vorrang vor den Interessen der Konzerne haben. In der Entwicklungszusammenarbeit müssen Partizipation, soziale und ökologische Belange und die Beseitigung struktureller Entwicklungshemmnisse im Vordergrund stehen.

Der politische Dialog der EU mit Lateinamerika soll auf friedliche Konfliktlösungen ausgerichtet werden. Es darf keine Unterstützung der EU für den Plan Colombia und für Boykott- und Blockadepolitik gegen linksgerichtete Staaten geben. Neue Ansätze partizipativer Demokratie – wie sie in Venezuela in der Verfassung niedergelegt sind und gegenwärtig in Bolivien unter Einbeziehung indigener Organisationsformen und in den brasilianischen Beteiligungshaushalten entwickelt und praktiziert werden – sollen nicht nur respektiert, sondern zum Anlass für eine Bewegung für mehr Demokratie in der EU genommen werden.

## **2. Für solidarische Außenwirtschaftsbeziehungen statt hegemonialer Freihandelspolitik**

### **Worum geht es?**

»Wir müssen uns einsetzen für faire Bedingungen im Welthandel«, so beschreibt Angela Merkel in ihrer wöchentlichen Videobotschaft vom 7. Oktober einen der Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Das klingt gut, gemeint ist jedoch nicht, faire Lebensbedingungen für alle zu schaffen, sondern die EU-ansässigen Unternehmen nicht durch Regulierungen zu belasten, die mögliche globale Wettbewerber nicht haben. Die Europäische Kommission strebt eine neue Offensive von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen an, die den europäischen Konzernen freien Zugang zu allen Märkten der Partnerstaaten gewähren. Unternehmen sollen künftig Regierungen leichter

---

[5] Anhörungen der Fraktion DIE LINKE: Die soziale und politische Lage in Kolumbien (2.6.2006); Vom Hinterhof zur Alternative? Linke Politik in Lateinamerika (30.11.2006)



verklagen können, wenn sie sich durch ihre Gesetzgebung und ordnungspolitischen Maßnahmen (z. B. soziale und ökologische Standards) in ihrer unternehmerischen Tätigkeit gestört fühlen<sup>[6]</sup>.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Jenseits der Agenda der Welthandelsorganisation (WTO) strebt die EU Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Regionen sowohl des Nordens als auch des Südens an. So geht die EU unter der deutschen Ratspräsidentschaft in die entscheidende Phase der Verhandlungen um die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik). Dabei werden die Entwicklungsbelange der AKP-Staaten und die Asymmetrie in den Beziehungen nicht berücksichtigt. Als Folge drohen die Märkte der AKP-Staaten von europäischen Konzernen übernommen zu werden. Die Verhandlungsführung der Kommission verstößt nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. gegen den Grundsatz aus dem Europäischen Entwicklungskonsens, »dass die EU die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit in all ihren Politikfeldern, die die Entwicklungsländer berühren können, berücksichtigt und dass ihre jeweilige Politik die Entwicklungsziele fördert.« Und sie verstößt gegen das in der UN-Menschenrechtscharta verbriefte »Recht auf Entwicklung«, das allen Menschen zusteht.

### **Was will DIE LINKE.?**

DIE LINKE. setzt sich für eine andere EU-Außenhandelspolitik gegenüber den Ländern des Südens ein, die dem UN-Menschenrecht auf Entwicklung, dem Schutz lokaler und regionaler Märkte und den international festgelegten Zielen der Armutsbekämpfung verpflichtet ist<sup>[7]</sup>. In deren Mittelpunkt darf nicht der Wettbewerb, sondern der solidarische Austausch mit den wirtschaftlich schwächeren Partnern stehen. Wir fordern deshalb gemeinsam mit vielen Abgeordneten in anderen EU-Ländern, dass der EU-Kommission das Mandat zu den EPA-Verhandlungen entzogen und ein neues, entwicklungspolitisch kohärentes Mandat formuliert wird.

---

[6] Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.: Handels- und Investitionspolitik der Europäischen Union (Drucksache 16/3073)

[7] Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Für solidarische und entwicklungspolitisch kohärente Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Drucksache 16/3193)

### **Was ist zu tun?**

Sowohl in der Europäischen Union als auch in ihren Partnerstaaten dürfen soziale und ökologische Standards nicht der Wettbewerbsfähigkeit geopfert werden. Es darf kein Druck auf die Verhandlungspartner ausgeübt werden, ihre Binnen- bzw. regionalen Wirtschaftsräume durch Liberalisierung zu gefährden. In volkswirtschaftlich, ökologisch, sozial oder kulturell sensiblen Bereichen dürfen keine Liberalisierungen verlangt werden. Alle Verhandlungen sollten durch soziale, ökologische und kulturelle Folgenabschätzungen auf der Grundlage von gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen erarbeiteten Maßstäben begleitet werden.

### **3. Entwicklungsfinanzierung auf eine breitere Basis stellen**

#### **Worum geht es?**

Im europäischen Entwicklungskonsens ist ein Stufenplan zur schrittweisen Anhebung der offiziellen Entwicklungshilfe (engl. Abkürzung ODA) auf das Niveau von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2015 vereinbart. Laut Koalitionsvertrag strebt die Bundesregierung die Erfüllung des Stufenplans durch Mittelerhöhung aus dem Haushalt, Anrechnung von Entschuldungsmaßnahmen auf die ODA und Einführung sogenannter innovativer Finanzierungsinstrumente an. Als ein solches innovatives Instrument zur Entwicklungsfinanzierung wird in einigen EU-Staaten eine Abgabe auf Flugtickets gesehen. In Frankreich werden seit Juli 2006 auf jeden innerkontinentalen Flug 1 Euro in der Economy Class und 10 Euro in der Business bzw. First Class erhoben, für Transkontinentalflüge fallen 4 bzw. 40 Euro an. Die erhobenen Mittel werden einem internationalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose überstellt. 17 Staaten, darunter Großbritannien, Norwegen, Brasilien und Chile, haben sich der Initiative bereits angeschlossen, 40 weitere haben Interesse bekundet.

#### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen haben sich für die Einführung der Flugticketabgabe in Deutschland stark gemacht. In der Debatte um den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Einführung der Flugticketabgabe begründete die Bundesregierung ihre Ablehnung mit dem Argument, es stünden bereits ausreichend Mittel für die Entwicklungsfinanzierung bereit und es bestünde daher keine Notwendigkeit für zusätzliche Finanzierungsmecha-

nismen. Sie verweist dabei auf die gestiegene ODA-Quote, verschweigt aber, dass den Entwicklungsländern keineswegs mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Lediglich Altschulden wurden erlassen. Viele dieser alten Kredite werden ohnehin seit geraumer Zeit nicht mehr bedient. Ohne die Anrechnung von Schuldenstreichungen wäre die ODA-Quote 2005 gar um 10 Prozent gefallen.

### **Was will DIE LINKE.?**

DIE LINKE. fordert die Anhebung der ODA-Quote auf die international verabredeten 0,7 Prozent durch zusätzliche Haushaltsmittel zulasten des »Militarisierungsetats«. Zusätzlich sollen neue internationale Mechanismen zur Entwicklungsfinanzierung erschlossen werden. Der Erlass von Schulden aus Handelskrediten soll, dem norwegischen Beispiel folgend, nicht auf die ODA-Quote angerechnet werden<sup>[8]</sup>.

### **Was ist zu tun?**

Transnationale Steuern und Abgaben sind überfällige Antworten auf die Globalisierung. Auch in Deutschland soll die Flugticketabgabe nach französischem Vorbild eingeführt werden<sup>[9]</sup>.

Als eine im nationalen Rahmen erhobene, aber international verwaltete und an einen international vereinbarten Verwendungszweck gebundene Abgabe ist sie ein wichtiger Beitrag zum Einstieg in international koordinierte Finanzierungsmechanismen zur Entwicklung unserer Partnerländer. Weitere Schritte müssen folgen; die Einführung der Devisentransaktionssteuer und globaler Emissionssteuern müssen auf die internationale Tagesordnung gesetzt werden.

---

[8] Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Illegitime Schulden von Entwicklungsländern streichen (Drucksache 16/3618)

[9] Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Flugticketabgabe jetzt – Entwicklungsfinanzierung auf breitere Grundlagen stellen (Drucksache 16/1203)

# VIII. Für ein offenes Europa – gegen die »Festung EU«

## 1. Für einen garantierten und gesicherten Grund- und Bürgerrechtsschutz

### Worum geht es?

Dem »Rahmenbeschluss des Rates zur Terrorismusbekämpfung« vom Juni 2003 und dem »Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union« werden im Zuge ihrer Umsetzung immer mehr Grund- und Bürgerrechte geopfert. Die intensivierete Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Sicherheit und Justiz steht unter dem Diktat eines technokratischen Machbarkeitswahns einerseits und einer Sicherheitspolitik andererseits, die Terrorbekämpfung zulasten grund- und bürgerrechtlicher Essentials in nationalen und europäischen Gesetzen und Vorschriften verankert. Die strukturellen demokratischen Defizite der EU werden vertieft und verfestigt. Sind europäische Wege zu lang, werden zwischenstaatliche Abkommen wie jüngst das Abkommen von Prüm über Aufbau und Austausch von DNA- und Fingerabdruckdaten und -dateien genutzt. Die übrigen Mitgliedstaaten haben sich dann dem Druck der Fakten zu beugen. Europäische Kooperationsprojekte wie das Schengen-Informationssystem II und Befugnisserweiterungen von EUROPOL oder der europäischen »Grenzschutzagentur« FRONTEX gewinnen vor dem Hintergrund der nationalen Antiterrorgesetzgebungen totalitäre Dimensionen.

### Wie ist der aktuelle Stand?

Das Prinzip der »Verfügbarkeit« von Daten, einschließlich biometrischer Daten und DNA-Profilen sowie die verbindliche Forderung nach »Interoperabilität« von Datenbanken und -systemen und der damit initiierte kaum noch begrenzte Datenaustausch verdrängen europaweit das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Datenschutz, Transparenz und demokratische Kontrolle werden ins Abseits gedrängt. Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung und Terrorprävention greifen Polizei und Nachrichtendienste auf alle denkbaren, auch auf militärische Dateien und Datenbanken zu. Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes werden wie Zollverwaltungen oder Wirtschaftsunternehmen und Banken zu Bausteinen dieser »neuen Sicherheitsarchitektur«. Die Auseinandersetzung um die Weitergabe von Fluggastdaten

an die USA, die auch zur Bekämpfung allgemeiner Kriminalität verwendet wurden, brachte nur vorübergehend Erfolg für Datenschutz und Bürgerrechte. Das derzeit gültige Provisorium dient widerrechtlich auch zur individuellen Risikobewertung von Passagieren und soll im Sommer 2007 in ein endgültiges Abkommen überführt werden. Militär und Polizei wachsen nicht nur bei Auslandseinsätzen zusammen, sie sind im Rahmen des Katastrophenschutzes europaweit verbunden. Im Zeichen des Antiterrorkampfes findet in ganz Europa und der Bundesrepublik Deutschland eine beschleunigte Militarisierung der Politik der inneren Sicherheit statt.

### **Was will DIE LINKE.?**

DIE LINKE. will ein Europa, in dem Bürgerrechte Maßstab staatlichen, polizeilichen und justiziellen Handelns sind. Der Dreiklang Freiheit, Sicherheit, Recht kann und darf keine Gleichwertigkeit suggerieren. Freiheit und Recht formulieren Teilhabe-, Schutz- und Gestaltungsrechte gegen staatliche Übermacht und Willkür. Garantierte und gesicherte Grund- und Bürgerrechte für alle in Europa lebenden Menschen sind die elementare Voraussetzung für ihre Sicherheit. Sie dürfen nicht dem permanent herbeifantasierten Kriegs- und Ausnahmezustand geopfert werden. DIE LINKE. will die europäischen Institutionen, Rechtsvorschriften und Kooperationen von ihrer undemokratischen und anti-terroristischen Ausrichtung befreien.

### **Was ist zu tun?**

DIE LINKE. muss intensiver und umfassender europäische Bürgerrechtsbewegungen unterstützen, damit deren Forderungen ernster genommen werden. Evaluierungspflichten für das EU-Recht unter Menschenrechtsgesichtspunkten könnten neue Wege aufzeigen. Diese Pflichten betreffen die gesamte Zusammenarbeit bei der Innen- und Justizpolitik. Kontrolle und Transparenz der Arbeit von Agenturen wie FRONTEX oder Behörden wie EUROPOL müssen effektiver werden bis hin zur Auflösung ganzer Bereiche, da sie Ergebnis der letzten 15 Jahre nicht demokratisch legitimerter EU-Politik sind. Polizeiliche und geheim- oder nachrichtendienstliche Tätigkeiten sind strikt voneinander zu trennen. Das Zweckbindungsprinzip der Datenerhebung und -übermittlung ist abzusichern.



## **2. Wirksamer Flüchtlingsschutz, legale Einwanderungs- und Einreisemöglichkeiten, keine Kriminalisierung von Migrant(inn)en**

### **Worum geht es?**

In den Jahren 2005/06 rückte in den Fokus der Medien, was sich lange Zeit im Verborgenen abspielte: das Massensterben an den Grenzen der EU. Seit Anfang der 90er Jahre kamen vermutlich über 20 000 Menschen bei dem Versuch, die immer perfekter abgeschotteten Grenzen der EU unerlaubt zu überwinden, ums Leben, allein über 6 000 Menschen waren es nach offiziellen spanischen Angaben im letzten Jahr vor den Kanarischen Inseln! Die EU leugnet eine (Mit-)Verantwortung für diese unerträgliche Situation hartnäckig. Die europäische Abschottungspolitik stellt aber die »Geschäftsgrundlage« für »Schlepperorganisationen« dar, weil Flüchtlingen und unerwünschten Migrant(inn)en eine Einreise ohne deren »Dienste« vielfach faktisch unmöglich ist. Die Themen Flucht und (irreguläre) Migration werden mit Bedrohungsszenarien eines »Kampfes gegen den Terrorismus« bzw. gegen die »organisierte Kriminalität« vermischt, um diese abwehrende Politik zu legitimieren. Dabei ist die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland und Europa auf einem historischen Tiefpunkt angelangt: 2006 wurden in den 25 Ländern der EU insgesamt weniger als 200 000 Asylanträge gestellt, zugleich sind die EU-Länder aus vielerlei Gründen auf Einwanderung angewiesen.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Die Politik der Abschottung wird ungeachtet ihrer tödlichen Begleitfolgen weiter vorangetrieben: Grenzkontrollen werden »effektiviert« (u. a. durch FRONTEX), Transit- und Herkunftsländer werden unter Druck gesetzt, um im Dienste der europäischen Migrationskontrolle zu kooperieren (Auslagerung der Asylverfahren in Drittstaaten, Verhinderung der Einreise nach Europa, Abschluss von Abschiebeabkommen usw.). Die biometrische und elektronische Datenerfassung wird insbesondere bei Flüchtlingen immer umfassender, gemeinsame Abschiebungsaktionen werden von der EU finanziell großzügig gefördert. Unzulässigerweise wird versucht, den Eindruck eines neuen »umfassenden europäischen Migrationskonzepts« zu erzeugen. Der Plan Schäubles einer »zirkulären Migration« bietet legale Einwanderungsmöglichkeiten auf Zeit für nur wenige ausgewählte Migrant(inn)en – und dies nur, wenn die jeweiligen Herkunftsländer im Gegenzug zur Rücknahme unerwünschter Migrant(inn)en »bedingungslos« bereit sind und die Aufnahmeländer zuvor einen spezifischen

Einwanderungsbedarf benannt haben. Deutschland drängt darauf, Legalisierungen von Menschen, die ohne jeden Aufenthaltsstatus in Europa leben und arbeiten, zu unterlassen und zementiert damit deren nahezu rechtlose Situation und extreme Ausbeutung.

### **Was will DIE LINKE.?**

DIE LINKE. will ein Europa, das in der Migrations- und Flüchtlingspolitik die Menschenrechte, die individuellen Bedürfnisse und Rechte der Betroffenen und den Grundsatz der Solidarität in den Vordergrund stellt. Dabei muss sich die EU ihrer Verantwortung für die Aufnahme und den Schutz von Flüchtlingen bewusst sein und darf (und kann) sich nicht hermetisch vor den negativen Folgen der weltweiten Ungleichheitsordnung abschotten. Verbale Bekundungen, die Ursachen von Flucht und Migration bekämpfen zu wollen, bleiben unglaubwürdig, solange die Außenwirtschafts- und Subventionspolitik der EU lokale Ökonomien etwa in Afrika zerstört und eine einseitig militarisierte Außenpolitik keinen Frieden zu stiften vermag. Insbesondere die verstärkte Zusammenarbeit der EU bei der Migrationskontrolle mit undemokratischen Regimen lehnt DIE LINKE. ab.

### **Was ist zu tun?**

Die Visumsbestimmungen der EU müssen gelockert werden und ihre Grenzen offen sein für Flüchtlinge und Menschen in Not. Auch eine rechtliche Auslagerung des Flüchtlingsschutzes aus Europa darf es nicht geben. Richtlinien, mit denen die Rechte von Asylsuchenden und Drittstaatenangehörigen unzulässig beschnitten werden, müssen entsprechend geändert werden. Legalisierungsmöglichkeiten für in der EU ohne regulären Aufenthaltsstatus lebende Menschen müssen ebenso geschaffen werden wie Einwanderungsmöglichkeiten, die nicht einseitig nationalstaatlichen Interessen folgen. Schließlich ist eine solidarische Außen- und Wirtschaftspolitik die beste »Flüchtlingsverhinderungspolitik«.

# **IX. Kulturelle Vielfalt im europäischen Integrations- prozess sichern**

## **1. Schutz der kulturellen Vielfalt gewährleisten**

### **Worum geht es?**

Der Kulturpolitik kommt eine wichtige Bedeutung im europäischen Integrationsprozess zu. Die Fraktion DIE LINKE. engagiert sich dafür, Verständnis für eine gemeinsame Kulturpolitik zu entwickeln auf der Basis der unterschiedlichen Kulturen, Traditionen, Sprachen und Erfahrungen der in Europa lebenden Menschen. Europäische Kulturpolitik soll die Vielfalt und Unterschiede nutzen. Sie soll das verbindende und gemeinsame Erbe aufgreifen und zugleich auf ein Europa gerichtet sein, das für Weltoffenheit, Toleranz, Ausgleich und Kooperationsbereitschaft steht. Die Kulturpolitik liegt in erster Linie in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, jedoch soll die EU-Kulturpolitik die nationale Kulturpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten ergänzen. Sie darf sie aber nicht bestimmen oder gar ersetzen.

### **Wie ist der aktuelle Stand?**

Mit dem EU-Rahmenprogramm Kultur 2000, das zahlreiche Projekte in darstellender und bildender Kunst, Literatur, Musik und Kulturgeschichte unterstützt, leistet die EU einen wertvollen Beitrag zur kulturellen Zusammenarbeit in Europa. Die wechselnden Kulturhauptstädte Europas sind ein Bestandteil dieses Förderprogramms. Essen wird Kulturhauptstadt Europas im Jahre 2010. Die Ernennung zeigt, welchen hohen Symbolwert die kulturelle Zusammenarbeit in Europa hat.

Nicht zuletzt aufgrund des Engagements der EU-Kommission gelang im Jahre 2005 die Verabschiedung der UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt. 30 Staaten müssen sie ratifizieren, damit sie in Kraft treten kann.

### **Was will DIE LINKE.?**

Als erste Fraktion im Parlament hat DIE LINKE. im Januar 2007 die Bundesregierung zur schnellen Ratifikation der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt aufgefordert.

Schließlich geht es um den weltweiten Schutz der Vielfalt von Kulturen und die Bestätigung des souveränen Rechts der Vertragsstaaten auf eine eigenständige Kulturpolitik. Obwohl

vielfach angekündigt, ist es der Bundesregierung nicht gelungen, die UNESCO-Konvention noch vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Anfang 2007 zu ratifizieren.

Bedauerlich ist dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass am 19. Dezember 2006 in Brüssel insgesamt neun EU-Staaten – Frankreich, Österreich, Finnland, Dänemark, Luxemburg, Slowenien, Estland, Irland, Malta sowie Bulgarien und Rumänien – in einem Festakt ihre Ratifizierungsdokumente übergeben haben.

Damit hat Deutschland die Chance vertan, unter den ersten 30 Staaten zu sein, die die Konvention ratifizieren.

### **Was ist zu tun?**

Es ist essenziell, dass die UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt in Deutschland im ersten Quartal 2007 ratifiziert wird. So hat die Bundesrepublik immer noch die Möglichkeit, eine führende Rolle bei der Umsetzung der UNESCO-Konvention innerhalb der EU zu spielen. In diesem Zusammenhang ist auch die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz von hohem Wert.



NAZIS  
WEG

TOURISTEN  
STATT  
NAZIS

Nazis raus

Nazis raus  
aus den Köpfen

aus den Köpfen

# X. Kein Platz für Faschismus in Europa

## 1. Wirksam gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kämpfen

### Worum geht es?

Seit Ende der neunziger Jahre verzeichnen Parteien der extremen Rechten in zahlreichen europäischen Ländern Wahlerfolge. Teilweise gelingt es ihnen sogar, an der Regierung beteiligt zu werden. Hintergrund dieser Entwicklungen – die immer auch spezifische Gründe im jeweiligen Land haben – ist die verbreitete Enttäuschung der Bürgerinnen und Bürger über die Ergebnisse einer neoliberalen Globalisierung, die für viele Menschen mit dem Verlust sozialer Sicherheiten und Bindungen verbunden ist. Die Preisgabe der sozialen Frage durch die europäische Sozialdemokratie hat einen politischen Raum geöffnet, in den auch die extreme Rechte eindringen will. Rassismus, Ausgrenzung, nationale Abgrenzung sind dabei ihre Lösungsangebote. Soziale Zugehörigkeit soll nach rassistischen und nationalistischen Kriterien gewährt werden.

### Wie ist der aktuelle Stand?

Die postfaschistische Alleanza Nazionale und die rassistische Lega Nord waren Teil der bis zum Frühjahr 2006 regierenden Rechtskoalition in Italien; in Österreich war die FPÖ von 1999 bis zur letzten Wahl 2006 an der Regierung beteiligt; in Frankreich gelangte der Anführer des Front National, Jean Marie Le Pen, in die Stichwahl um die Präsidentschaft. Parteien, die dem Spektrum der extremen Rechten zuzurechnen sind, konnten in zahlreichen weiteren Ländern Einfluss auf die Landesregierungen gewinnen. So etwa in Dänemark, wo die Regierung vom Wohlwollen der fremdenfeindlichen Dänischen Volkspartei abhängig ist. In Belgien steht der Vlaams Belang in der Wählergunst bedrohlich weit vorn. In Deutschland erzielt die NPD Wahlerfolge und befindet sich auf dem Vormarsch.

### Was will DIE LINKE.?

DIE LINKE. will ein Europa, in dem kein Platz ist für Faschismus, Rassismus und Nationalismus. Dafür müssen die Ursachen dieser Erscheinungen bekämpft werden. Ein Grund liegt in der immer stärkeren Aufspaltung unserer Gesellschaften in Reich und Arm,

in Oben und Unten. Die soziale Frage ist ein Schlüssel zur Bekämpfung von Faschismus und Neofaschismus. Aber das allein reicht nicht aus, denn die Ursachen sind vielfältiger. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa müssen wirksam bekämpft werden. Wir haben einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem endlich ein Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus beschlossen werden soll. DIE LINKE. hat mit Anträgen<sup>[10]</sup> und Anhörungen<sup>[11]</sup> dazu beigetragen, dass die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus fortgesetzt werden. Ähnliche Initiativen sollen in anderen EU-Staaten aufgelegt und die bereits vorhandenen europaweit vernetzt werden. DIE LINKE. fordert einen regelmäßigen europäischen Austausch über die Entwicklung der extremen Rechten und eine Abstimmung der Maßnahmen, die gegen die weitere Ausbreitung des Neofaschismus unternommen werden müssen.

### **Was ist zu tun?**

Die EU-Mitgliedstaaten müssen sich dazu verpflichten, jede Beteiligung von Parteien der extremen Rechten an Regierungen auszuschließen und ihre Politik nicht von der Duldung durch solche Parteien abhängig zu machen. Die EU muss ein Programm auflegen, mit dem die Ursachen eines zunehmenden Rechtsextremismus vergleichend erforscht und geeignete Gegenmaßnahmen entwickelt werden können. Analog zu oder unter dem Dach der Europäischen Beobachtungsstelle Rassismus und Fremdenfeindlichkeit soll eine wissenschaftlich fundierte Beobachtung der extremen Rechten in Europa erfolgen. Schließlich soll die EU jährlich einen Bericht zur Entwicklung der extremen Rechten in Europa und geeignete Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung vorlegen. Nationale Maßnahmen im Bereich Rechtsextremismusprävention sollen in einem eigenen Portal präsentiert werden.

---

[10] Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Fortführung und Verstärkung der Programme gegen Rechtsextremismus (Drucksache 16/1542)

[11] Anhörungen der Fraktion DIE LINKE.: Programme gegen Rechtsextremismus (20.11.2006)



OLIDARITÄT STATT RASSISMUS

WAS FÜR EINE  
KÄLTE  
UND UBER DIE  
LEUTE  
SICH DENNEN SOLL  
GEGEN  
EISZIT

SOLIDARITÄT  
KAPITAL  
ZERSTÖREN



# **Memorandum für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Europäische Union**

Die enge Zusammenarbeit in den Europäischen Gemeinschaften und in der Europäischen Union hat den Völkern der beteiligten Staaten unschätzbare Vorteile gebracht. Zwischen jahrhundertlang verfeindeten Staaten stiftete die Europäische Union Frieden. Kriege zwischen Mitgliedern der EU erscheinen ausgeschlossen. Der zusätzliche Zuwachs an Wohlfahrt und Wohlstand in den beteiligten Ländern hat über lange Zeit das Leben aller Beteiligten erheblich erleichtert. Der Binnenmarkt, der Wegfall von Kontrollen an Binnengrenzen brachten bis weit in die achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts erhebliche Vorteile für Bürgerinnen und Bürger.

DIE LINKE. will den Weg der europäischen Integration weitergehen. Wir bereiten eine Verfassungskonferenz der Europäischen Linken im März 2007 in Berlin vor. Die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag hat Ecksteine für eine Verfassung der Europäischen Union erarbeitet. Wir stellen sie mit diesem Memorandum zur Diskussion.

## **Die Europäische Union aus der Sackgasse führen**

Mit der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte 1987 und dem Vertrag von Maastricht schwenkte die Gemeinschaft auf einen fatalen Kurs des neoliberalen Markttrigorisumus, der Herrschaft der Wirtschaft über die Politik. Mit den Entscheidungen von Lissabon wurde dieser Kurs weiter instrumentalisiert. Der wirtschaftspolitische Schwenk führte jedoch in der Gemeinschaft nicht zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen. Massenarbeitslosigkeit nahm zu, Wachstumsraten schrumpften erheblich, die Einkommen der Oberschichten wuchsen weit überproportional, die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten verloren an Wert.

Der Anteil der Einkommen aus abhängiger Arbeit nahm zugunsten der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erheblich ab. Die Lissabon-Strategie begünstigt die Umverteilung von unten nach oben, von einkommensschwach zu einkommensstark. Mit der permanenten Drohung der Abwanderung von einem

EU-Land zum nächsten machte die in supranationalen Verbänden in Brüssel organisierte Wirtschaftslobby Druck auf die Regierungen, die Besteuerung hoher Gewinne und Einkommen, die Verfügbarkeit öffentlicher Güter, die Sozialleistungen und die Umweltstandards abzusenken. Zugleich wurde die Einführung von sozialen, steuerlichen und ökologischen Mindeststandards durch die EU von den Unternehmerverbänden der EU be- und verhindert. Die Erweiterung der EU wird, weil Mindeststandards fehlen oder nicht realisiert werden, zu üblem Lohn-, Steuer- und Sozialdumping missbraucht.

Mit der Einführung des Euro, die zu erheblichen Erleichterungen im grenzüberschreitenden Verkehr für Wirtschaft, für Bürgerinnen und Bürger führte, geht im Zusammenhang mit dem Statut der EZB eine Verselbstständigung der Geld- und Währungspolitik einher, die zuvor in keinem Mitgliedstaat der Gemeinschaft zulässig war. Finanzvermögen und Spekulation werden begünstigt. Mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf die Währungsstabilität beeinträchtigt die EZB Wachstum und Beschäftigung im Euroland. Sie macht – weitgehend unkontrolliert – sogar handwerkliche Fehler. Die zu dieser Einseitigkeit der EZB-Entscheidungen führende Autonomie ist Hauptursache für die gegenüber den USA zurückbleibende Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in der EU. Die Verselbstständigung der Geld- und Währungspolitik gegenüber demokratisch bestellten Parlamenten und Regierungen folgt dem Machtzuwachs der Akteure auf den Weltfinanzmärkten: Von den 50 weltweit führenden Großbanken und Versicherungen stammen 29 aus Ländern der Europäischen Union. Sie nehmen als mächtige Akteure auf den Währungs- und Finanzmärkten wesentlichen Einfluss auf die gegenüber gewählten Verfassungsorganen autonomen Entscheidungen der EZB.

Die EU dient der Friedensstiftung in Europa. Die Integration der Staaten und Völker Europas bedurfte keiner Bewaffnung der europäischen Institutionen. Seit Maastricht jedoch beschreitet die EU im Geleitzug mit den USA einen verhängnisvollen Weg der Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik. Dies belegen der Aufbau der Battle Groups, die Errichtung einer Rüstungsagentur in der EU und der bewaffnete EU-Einsatz in Bosnien-Herzegovina, im Kosovo und Kongo. In Brüssel verselbstständigt sich eine für die Bürgerinnen und Bürger undurchschaubare EU-Bürokratie. Der dominierende Einfluss der Wirtschaftsverbände auf die EU-Bürokratie und die ihr folgende Kommission ist eine Wurzel des demokratischen Defizits der Europäischen Union. Willensbildung

und Entscheidungsfindung im Europäischen Rat, im Ministerrat, in der Kommission sind nicht nur wegen der begrenzten Kompetenzen des Europäischen Parlaments intransparent und anonym. Die EU ist von funktionierender Demokratie weit entfernt. Die mangelnde Nähe zu den Regierten begünstigt die diskrete Einflussnahme von machtvoll organisierten Interessenten.

Undurchsichtige Willensbildung und Anonymität der Entscheidung entfremden die Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union. Die schweigende Zustimmung der Bevölkerung zur europäischen Einigung wich Ängsten vor zunehmender Fremdbestimmung. Die Militarisierung der Politik führt zu Besorgnissen. Die Forderung marktradikaler, interessengeleiteter Technokraten in Brüssel nach immer neuen Lohnkürzungen und weiterem Sozialabbau bei sprunghaft ansteigender Arbeitslosigkeit schüren bei immer mehr Bürgerinnen und Bürgern Ängste um Einkommen und Existenz.

Der von den Regierungen vorgelegte Verfassungsvertrag vom 29. Oktober 2004 hat die Besorgnisse der Menschen weiter genährt. Er begründet keine Zuversicht. Der Verfassungsvertrag steht eher für Stillstand. Der Vertragsentwurf verfestigt die seit Ende der 80er Jahre sichtbaren Fehlentwicklungen: Der Vertrag verpflichtet die Politik der EU stärker und breiter als je zuvor auf das neoliberale Dogma »einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb« (Artikel III-177, 178 und 185 VVG), begünstigt EU-weiten Sozialabbau und Steuersenkungswettlauf, er verweigert eine Sozialunion.

Die Regierungen und die Mitglieder im Verfassungskonvent waren ausreichend gewarnt. In Anhörungen des Konvents wiesen Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft immer wieder auf weite Lücken im Verfassungsvertrag hin. Aber »eine Vertiefung des EU-Integrationsprojektes in den Bereichen der Umwelt-, vor allem aber in der Sozialpolitik ... das von vielen Bürgern ... erwartete eindeutige und unmissverständlich kontinentale Bekenntnis zu den konkreten Zielen einer sozialen Marktwirtschaft sowie zu den Chancen und Grenzen der Liberalisierungspolitik blieb aus«. So eine Feststellung der Stiftung Wissenschaft und Politik, die regelmäßig die deutsche Bundesregierung berät.

Militarisierung und Rüstung werden für die ehemals friedensstiftende Europäische Union in Verfassungsrang gehoben, sie werden zur Pflicht für die Organe der EU. Die für die Freiheit

der Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie unverzichtbare und konstituierende materielle und soziale Sicherung, die gewachsene Verfügbarkeit öffentlicher Güter wird der Privatisierung, der Profitmaximierung der Märkte ausgeliefert. Folgerichtig verfestigt der Vertrag die institutionellen Mängel der Union an Demokratie und Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung statt ihnen abzuhelpfen.

Der Vertrag ist mit den ablehnenden Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheitert. Der deutsche Bundespräsident hat mit Rücksicht auf eine beim Bundesverfassungsgericht anhängige Klage die Ratifikation unterbrochen.

Die Gemeinschaft steckt in einer tiefen Krise. In weiteren Mitgliedstaaten, die den Ratifikationsprozess abgebrochen haben, ist eine Ablehnung zu erwarten. Damit ist das Erfordernis der Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten der EU nicht erfüllt. Versuche, den abgelehnten Verfassungsvertrag ohne wesentliche Änderungen, Präzisierungen und Ergänzungen erneut zur Abstimmung zu stellen, sind juristisch zweifelhaft, für Demokraten unzulässig und politisch gefährlich. Die Suche nach Wegen zur Fortsetzung des alten Kurses ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger führen in die Irre. Wer diesen antidemokratischen Weg geht, verspielt noch mehr Vertrauen und wird die Union nicht aus der Sackgasse führen.

Die Europäische Union der Bürgerinnen und Bürger darf keine technokratischen Verfahren zur Umgehung des Mehrheitswillens hinnehmen. Sie braucht einen konsequenten Neuanfang, sie muss die neoliberale Fehlentwicklung stoppen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten zurückzugewinnen.

DIE LINKE. in Europa erarbeitet Grundlagen für einen neuen Verfassungsvertrag, der diesem Namen entspricht. Wir legen Ecksteine für einen demokratischen, freiheitlichen, sozialen und Frieden sichernden Verfassungsvertrag als Diskussionsentwurf vor:

### **Ecksteine der Linken für die Verfassung der Union**

DIE LINKE. will die Europäische Union als einen politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Verbund von staatlich organisierten Völkern. Der Verbund folgt demokratischen

Prinzipien. Er ist gerichtet auf Frieden und Wohlergehen der Völker, der europäischen wie aller anderen. Zu den verfassungsrechtlich verankerten Werten und Zielen der EU gehören untrennbar die Sozialstaatlichkeit und die Schaffung einer Sozialunion, in der hohe Standards gelten. Die EU wird nach den Grundsätzen der Subsidiarität tätig. Die Mitgliedstaaten behalten einen Grundbestand souveräner Rechte.

DIE LINKE. will eine Verfassung der EU mit verbindlichen Grundrechten. Die bislang rechtlich nicht verbindliche Charta der Grundrechte muss präzisiert und um soziale und ökologische Rechte ergänzt werden. Die Grundrechte müssen für die Bürgerinnen und Bürger einklagbar sein. Das Recht auf menschenwürdige und existenzsichernde Arbeit und das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung muss von Verfassung wegen gewährleistet sein.

DIE LINKE. will das Eigentum schützen und zugleich ähnlich dem deutschen Grundgesetz regeln, dass Eigentum auch verpflichtet. Die Verfügung über das Eigentum und seine Nutzung muss auch sozialen Belangen, dem Umweltschutz und anderen Erfordernissen des Gemeinwohls entsprechen. Die Verfassung schützt das Grundrecht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen, es enthält künftig ausdrücklich das Recht zum politischen Streik (Generalstreik).

DIE LINKE. will, dass bei Konflikten zwischen dem Grundrechtsschutz nach der Charta und den Verfassungen der Mitgliedstaaten der jeweils höhere Rechtsstandard gilt. Damit wird sichergestellt, dass die Grundrechte der nationalen Verfassungen der Mitgliedstaaten durch die EU-Verfassung nicht eingeschränkt werden können; auch der umgekehrte Weg wird ausgeschlossen.

DIE LINKE. will Verfassungsbestimmungen mit grundlegenden Aussagen zu den Politikbereichen der EU. Bei diesem hohen Anspruch haben die meisten Bestimmungen des Teils III des abgelehnten Verfassungsvertrags und die aus sich heraus unverständlichen Protokolle und Anhänge in einer Verfassung nichts zu suchen. Die Verfassung ist Ausdruck demokratischer Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Sie darf einen zumutbaren Umfang nicht überschreiten, muss klar und verständlich sein, um technokratisch manipulierter Interpretation widerstehen zu können.

DIE LINKE. will eine Verfassung mit einem besonderen Kapitel über eine zu schaffende Sozialunion. DIE LINKE. will eine Sozialunion, die menschenwürdige und existenzsichernde Arbeitsplätze, eine Angleichung auskömmlicher sozialer Standards anstrebt und einen Wettlauf von Lohn- und Sozialdumping zwischen den Ländern und Regionen Europas verhindert.

DIE LINKE. will eine Verfassung, die die Union und die Mitgliedstaaten auf die Förderung von Wohlfahrt und Wohlstand verpflichtet. Union und Mitgliedstaaten haben eine gleichgewichtige gesamtwirtschaftliche Entwicklung anzustreben. Wirtschafts-, Finanz-, Budget-, Steuer-, Geld-, Währungs- und Außenwirtschaftspolitik sind so abzustimmen, dass sie bei stetigem, angemessenem, qualitativem Wirtschaftswachstum nach strengen ökologischen Kriterien zugleich zu Vollbeschäftigung, Stabilität des Preisniveaus und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht der Union beitragen. Wirtschaftswachstum in der Gemeinschaft und in den Mitgliedstaaten ist angemessen, wenn das Potenzial der Erwerbstätigen bei Stabilität des Preisniveaus ausgeschöpft wird. Alle Organe und Institutionen der EU, auch die Europäische Zentralbank, sind auf diese Ziele zur Abstimmung ihrer Politik mit den Entscheidungsträgern verpflichtet. Die Zentralbank unterliegt, wie alle Organe der Gemeinschaft, demokratischer Kontrolle.

Der bestehende Stabilitäts- und Wachstumspakt entspricht nicht der Zielsetzung einer gleichgewichtigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, er sieht einseitig nur finanzpolitische Verpflichtungen mit der Wirkung der Dämpfung von Nachfrage und Konjunktur in den Mitgliedstaaten vor. Deshalb müssen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten auf eine symmetrische Fiskalpolitik verpflichtet werden, die ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht in der Gemeinschaft und in den Mitgliedstaaten anstrebt, also Expansion und Dämpfung ermöglicht.

DIE LINKE. will keinen Verfassungsrang für interessengeleitete Paradigmen des Zeitgeistes wie die im gescheiterten Vertrag zum Verfassungsgrundsatz erhobene »offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb«. Die Verfassung muss wirtschaftspolitisch neutral und gegenüber einer gemischtwirtschaftlichen Ordnung mit einem bedeutenden öffentlichen Sektor sowie künftigen Erkenntnissen der Wissenschaft und politischen Entwicklungen offen sein. Sie wird grundlegende demokratische Veränderungen nicht ausschließen, soweit sie sich im Rahmen der Grundrechte halten.

DIE LINKE. will eine Verfassung der Union, die Privateigentum schützt und zugleich auch verpflichtet, sie überlässt die nähere Bestimmung der Eigentumsordnung den Mitgliedstaaten.

Keine Bestimmung der Verfassung oder des sonstigen Gemeinschaftsrechts darf so ausgelegt werden, als schließe sie eine begrenzte und entschädigungspflichtige Überführung einzelner Wirtschaftsbereiche in nationale Gemeineigentumsformen aus oder als erzwingt sie die Privatisierung bestehenden Gemeineigentums, öffentlicher Unternehmen und von Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

Die Verfassung kann zulassen, dass Kommission, Rat und EU-Parlament Leitlinien für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Union erarbeiten.

Die Organe der Gemeinschaft werden verpflichtet, ein Währungssystem anzustreben, welches das außenwirtschaftliche Gleichgewicht der Union stützt und Spekulation gegen Währungen weitgehend ausschließt. Die Öffnung der Außengrenzen der Union für Waren, Dienstleistungen, Geld- und Kapitalströme muss auch Mindeststandards der Besteuerung, des sozialen Schutzes der Bürgerinnen und Bürger sowie des Schutzes der Umwelt in Drittländern dienen.

Die Verfassung muss die Gemeinschaft auf ein Wettbewerbsrecht und eine Steuerpolitik verpflichten, die Mindeststandards im EU-Binnenmarkt schützen. Fairer Wettbewerb zwischen Unternehmen im EU-Binnenmarkt für Personen, Dienstleistungen, Waren und Kapital sowie die Niederlassung im EU-Binnenmarkt bedürfen verfassungsrechtlicher Verpflichtungen zu steuerlicher, sozialer und ökologischer Absicherung, wenn sie dauerhaft zur Steigerung von Wohlstand und Wohlfahrt in den Staaten der Union beitragen sollen. Dumping führt zur Zerstörung, Verdrängung und Verlagerung von Unternehmen und Arbeitsplätzen bei Absenkung der Lohnniveaus, der Umweltstandards und des sozialstaatlichen Niveaus in der Gemeinschaft und in den Mitgliedsländern insgesamt.

DIE LINKE. will die Europäische Union als einen Raum der Freiheit und des Rechts. Die Verfassung muss Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten gewährleisten. DIE LINKE. will Bewegungsfreiheit ohne Grenzkontrollen und gleichen Rechtsschutz für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger. Zugleich ist dieser Raum offen für Asylsuchende,

Menschen in Not und für näher zu bestimmende Immigration. Zur Stärkung der demokratischen Kultur in der Union wird ein dreistufiges Verfahren der Volksgesetzgebung mit Bürgerinitiative, Bürgerbegehren und Volksentscheid entwickelt, das überwindliche Hürden enthält.

DIE LINKE. will den zivilen Charakter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union festschreiben. Die Union soll für die Demokratisierung und Stärkung der Vereinten Nationen eintreten und deren Charta achten. Sie wirkt mit den Vereinten Nationen und ihren Spezial- und Regionalorganisationen bei der Sicherung des Friedens und der Förderung nachhaltiger Entwicklung und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zusammen. Allgemein verbindliches Völkerrecht genießt Vorrang vor EU-Recht. Angriffskriege werden in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht für verfassungswidrig, verbrecherisch und strafbar erklärt.

DIE LINKE. will eine EU, die ihre Ziele mit friedlichen und zivilen Mitteln verfolgt. Dazu wird ein ziviler Europäischer Friedensdienst aufgebaut. Der Aufbau eigener europäischer Streitkräfte kann so lange nicht einmal erwogen werden, wie nationale Streitkräfte nicht zeitgleich abgeschafft werden, die europäischen Streitkräfte nicht ausschließlich der Selbstverteidigung dienen und einem strikten Aggressionsverbot unterliegen.

Die Union fördert die Abrüstung von konventionellen und Massenvernichtungswaffen in den Mitgliedstaaten im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und auf globaler Ebene unter wirksamer Kontrolle. Zur Verfolgung dieser Ziele wird die Europäische Verteidigungsagentur in eine Europäische Agentur für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Konversion umgewandelt, zu deren Zielen auch der Abbau nationaler Streitkräfte gehört. Die Aufgaben werden durch den Europäischen Rat und das Europäische Parlament bestimmt. Die Mitgliedstaaten, die Atomwaffen besitzen, unternehmen besonders wirksame Schritte zur atomaren Abrüstung und zu deren Kontrolle. Aktionen und Missionen der EU auf dem Gebiet der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sind ziviler Natur, darunter Maßnahmen der Konfliktvorbeugung und Friedensbewahrung, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze sowie Maßnahmen zur Hilfe nach Konflikten, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossen werden.

Das Recht einzelner oder mehrerer Mitgliedstaaten der Union auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung nach Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates, entsprechende Bündnisverpflichtungen und der neutrale Status von Mitgliedstaaten bleiben unberührt.

Beschlüsse des Europäischen Rates und des Ministerrates zu Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden einstimmig gefasst und bedürfen der Zustimmung des Europäischen Parlaments.

DIE LINKE. will eine Europäische Union mit den Kompetenzen, die zur Erreichung ihrer Ziele zwingend notwendig sind und die ihr ausdrücklich von den Mitgliedstaaten übertragen wurden. Der Vorrang der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und der nationalen Parlamente muss in der Verfassung verankert werden. Die Verfassung muss die Verantwortlichkeiten von Mitgliedstaaten und Union eindeutig und stringent regeln, um der schleichenden technokratisch initiierten Kompetenzverlagerung zur EU-Kommission entgegenzuwirken. Subsidiarität wird prinzipiell gesichert.

DIE LINKE. will ein demokratisches Europa. Sie will kein Europa der Kommissionen und Kabinette, der Technokraten. Die Rechte des Europäischen Parlaments gegenüber den anderen Organen der EU bei der Gesetzgebung und bei anderen Entscheidungsverfahren sind auszubauen. Das Parlament und der Rat müssen neben der Kommission das Recht zur Gesetzesinitiative erhalten. Das Mitspracherecht des Parlaments muss alle Bereiche der Tätigkeit der Union umfassen.

Das Europäische Parlament soll zukünftig nach einem EU-weit einheitlichen Gesetz nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger mit ständigem Wohnsitz in der EU sind wahlberechtigt.

Das Beschlussverfahren im Europäischen Rat und im Ministerrat muss die Integration auf gleichberechtigter, demokratischer und solidarischer Grundlage befördern. Im Europäischen Rat gilt das Konsensprinzip. Der Ministerrat muss Konsensbeschlüsse anstreben. Qualifizierte Mehrheit wird neu definiert: Sie muss selbstverständlich die Bevölkerungszahl beachten, nicht über-

betonen und durch ausgewogene Regelungen Minoritäten schützen. Fälle, in denen mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird, sind verfassungsrechtlich zu begrenzen. Eine Vermehrung dieser Fälle muss strengen Kriterien unterliegen.

DIE LINKE. will, dass der alternative Verfassungsvertrag demokratisch, unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der souveränen Gleichheit der Staaten zustande kommt. Unterschiedliche Wege führen zum Ziel. Es kann die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung erwogen werden, die aus zwei Kammern besteht. Das 2009 zu wählende Europäische Parlament könnte sich als erste Kammer konstituieren. Die Zweite Kammer bestünde aus Vertretern der Regierungen und der Parlamente der Mitgliedstaaten nach dem Prinzip der Gleichheit der Staaten. Der Verfassungstext wird unter breiter Teilnahme der Öffentlichkeit ausgearbeitet und allen Bürgerinnen und Bürgern vorgelegt. Es findet in allen Mitgliedstaaten am selben Tag und nach denselben Regeln eine Volksabstimmung über den Text statt.

Das Verfahren der Verfassungsgebung und der Verfassungsannahme muss angepasst werden, wenn nicht alle Mitgliedstaaten an der Verfassungsgebung teilnehmen oder die Verfassung nicht innerhalb eines Jahres ratifizieren. Eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Union soll dann nicht an wenigen Einzelgängern scheitern.

DIE LINKE. will ein Europa, das die Menschen ermutigt, sie will keine Union, die sie ängstigt und den politischen und wirtschaftlichen Interessen mächtiger, global agierender Minderheiten ausliefert.

Die Bausteine der Linken für die Verfassung helfen, die Bürgerinnen und Bürger in Europa wieder zu gewinnen für eine Europäische Union mit unverwechselbarem Gesicht, fest verankert in den Werten der Demokratie, der Freiheit, des Rechts und der Solidarität.

8. Januar 2007 - Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine

# **DIE LINKE.**

**I M B U N D E S T A G**

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28

E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)